



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1909**

186 (23.4.1909) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-315386](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-315386)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Erlaubt man 26 Bg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag N. 3.42 pro Quartal.  
Eingel.-Nummer 6 Bg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inzerate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.  
Auswärtige Inzerate . . . 30  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gelesenste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 918

Nr. 186,

Freitag, 23. April 1909.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst  
12 Seiten.

### Telegramme.

Königin Wilhelmine.

M.E. Haag, 23. April. (Priv.-Tel.) Professor Konner er-  
läutert den Zeitungen, die Geburt des Thronfolgers  
von Holland sei jetzt kühnlich zu erwarten. Der  
Zustand der Königin Wilhelmina sei ausgezeichnet und lasse das  
Beste hoffen.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens.

Paris, 22. April. Frankreich beschloß im Einverständnis  
mit England die Unabhängigkeit Bulgariens im Prinzip anzu-  
erkennen. Die Veröffentlichung der Anerkennung, die noch von  
der vorherigen Erledigung einiger Formalitäten abhängig ist,  
dürfte wahrscheinlich erst in 24 oder 48 Stunden erfolgen.

Deutscher Besuch in England.

London, 22. April. Die Stadt London bewilligte 3000  
Pfund für den Empfang des Retireters der Stadt Berlin, der  
im nächsten Monat stattfinden wird. Das Programm umfasst  
auch das Bankett in der Guildhall.

Eine Einladung des Kaisers an König Eduard.

London, 23. April. (Von unserem Londoner Bureau.)  
Der Korrespondent des „Daily News“ telegraphiert, daß Kaiser  
Wilhelm das englische Königspaar telegraphisch eingeladen habe,  
ihn in seinem Schloss Schillova zu besuchen. Eine Antwort der  
englischen Majestäten sei noch nicht eingegangen.

Der deutsche Kronprinz in Rumänien.

Bukarest, 22. April. Der deutsche Kronprinz stattete  
heute vormittag dem 4. Infanterieregiment, dessen Oberst-In-  
haber die Prinzessin von Rumänien ist, einen Besuch ab. Am  
Nachmittag fand im Pustalager bei Bukarest im Schlosse des  
Prinzen Striden ein Gastfest statt, bei dem rumänische Volks-  
gesänge und Tänze aufgeführt wurden. Heute abend findet zu  
Ehren des Kronprinzen ein Ball im Palais Cotoceni statt. Der  
König hat an die Umgebung des Kronprinzen Ordensauszeich-  
nungen verliehen.

Das armenische Massaker in Adana.

Konstantinopel, 22. April. Einer Konsulardepeche  
zufolge hat die Bevölkerung von Adana und anderen Orten  
sich unter der Einwirkung der Zivil- und Militärbehörden be-  
ruhigt. Nach einer weiteren Depeche wird die Zahl der Opfer  
während der armenischen Massaker im Vilajet Adana auf 15 000  
geschätzt; ganze Dörfer wurden vernichtet. Die Vila-  
jetsbehörden verlangen von dem armenischen Bischof zur Nech-  
terhaltung vor Europa die Erklärung, daß die armenische re-  
volutionäre Bewegung die Massaker hervor-  
rief und drohen, andernfalls alle Ueberlebenden zu  
vernichten. Die Armenier in Konstantinopel und anderen  
Orten sind sehr grängstigt.

London, 23. April. (Von unserem Londoner Bureau.)

Telegramme der „Daily News“ aus Konstantinopel zufolge wird  
es schwer fallen, zu beweisen, daß der Sultan an den Chri-  
stenmord in Kleinasien unschuldig sei; er habe viel-  
mehr nicht nur darum genügt, sondern er sei auch ihr indirek-  
ter Urheber. Es sei ein Abgeandter aus dem Vildiz  
nach Adana gekommen mit dem ausdrücklichen Auftrag,  
eine Revolte gegen die Christen anzuzetteln. Die Mör-  
der seien auch keine Kurden, sondern türkischer Abstam-  
mung. Die „Daily Mail“ schätzt die Zahl der in Kleinasien  
bei den jüngsten Christenverfolgungen Ermordeten auf  
10 000. Die Schlächtereien dauern übrigens fort.  
Ein späteres Telegramm desselben Blattes meldet, daß in Adana  
nunmehr Ruhe herrscht, dagegen seien bei den Unruhen in Bafra  
auch 4 Deutsche ums Leben gekommen.

Die Kämpfe in Persien.

Petersburg, 22. April. Der Dampräsident Gomo-  
fajow erhielt ein Telegramm des Endschamans von Chorassan, be-  
sagend, daß die Bevölkerung der persischen Provinz Chorassan  
konstitutionelle Rechte fordert, gegen die russische Militärexpediti-  
on, die dem Prinzip der Nichtmischung in persische Angele-  
genheiten widerspreche, protestiert und die zivilisierte Welt bittet,  
nicht zu versuchen, die Bevölkerung Persiens mit ausländischer  
Hilfe dem Absolutismus des Schahs zu unterjochen.

Teheran, 22. April. Der englische Gesandte und der  
russische Geschäftsträger wurden heute vom Schah in Audienz  
empfangen. Sie unterbreiteten die Vorstellungen ihrer Regierun-  
gen. Der Schah hörte sie aufmerksam an und versprach in  
einigen Tagen zu antworten.

London, 23. April. (Von unserem Londoner Bureau.)  
Der Petersburger Korrespondent des „Morning Leader“ telegra-  
phiert, daß dort eingetroffenen Privatnachrichten zufolge russische  
Kosaken die persische Grenze bereits überschritten hätten.

Berlin, 22. April. Die Aufführung der Komödie „Bo-  
lenkudschheim“ von Röderer in den Kammertheatern  
des Deutschen Theaters wurde vom Polizeipräsidenten ver-  
boten. Es waren dabei aber nach der polizeilich-offiziellen Mit-  
teilung keinerlei Rücksichten auf die Zensur maßgebend, sondern  
lediglich feuersicherheitspolizeiliche Gründe.

Breslau, 22. April. Kommerzienrat Hoase erhielt einen  
Brief, in dem er unter Todesandrohungen aufgefordert  
wurde, 3000 M. auf dem Hauptpostamt niederzu-  
legen. Er übergab den Brief der Polizei, die den Absender,  
einen jungen Mann namens Kulig, verhaftete, als er das Geld  
abholen wollte.

### Ein Sozialdemokrat über Kaiser Wilhelm II.

Uns geht heute das zweite Heft einer neugegründeten  
Schweizer Wochenschrift zu, der in Zürich erscheinenden  
„Depeche vom Sonntag“. Sie scheint keine bestimmte poli-  
tische Tendenz zu verfolgen, wie aus der Einrichtung eines  
„keiner Partei sich verschreibenden Sprechsaals zur Kontro-  
verien Behandlung von Zeitangelegenheiten politischer, sozialer,  
volkswirtschaftlicher, wie ethischer Natur“ hervorgeht. Das  
zweite Heft nun enthält einen recht interessanten Aufsatz aus  
der Feder eines bemerkenswerten vorurteilsfreien Sozialdemo-  
kraten über Kaiser Wilhelm II. Wenn der Verfasser sich auch  
als Gegner der monarchischen Idee bekennt, so sucht er doch  
der Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. gerecht zu  
werden, er isoliert diese gewissermaßen, und kommt so, indem  
er sich mit anerkannter Objektivität über den Gegenstand  
der politischen Lebensauffassungen erhebt, zu einer weit ge-  
rechteren Würdigung der Persönlichkeit Wilhelms II., als  
wir sie gemeinhin in sozialdemokratischen Organen finden,  
die verneinen, die Persönlichkeit des Kaisers nach  
Möglichkeit herabzujagen und verkleinern zu müssen, um mit  
Schmähungen und Bekräftigungen des Trägers dem monarchi-  
schen Gedanken selbst kräftige Stöße zu versetzen. Sie glauben  
die monarchische Idee schärfer und erfolgreicher angreifen  
zu können, wenn sie an ihrem jeweiligen Vertreter kein gutes  
Haar lassen, während sie doch ganz gut als Demokraten und  
Gegner der Monarchie die Persönlichkeit des gerade auf dem  
Thron sitzenden Herrschers nach den üblichen Maßstäben einer  
gerechten historischen Kritik messen könnten, ohne damit ihrem  
republikanischen Staatsideale etwas zu vergeben.

Unser Schweizer Sozialdemokrat weiß also Person und  
Institution wohl auseinander zu halten und kommt durch  
dieses Verfahren, das alle sozialdemokratischen Historiker sich  
zu eigen machen sollten, zu folgendem anerkennenden Urteil  
über die Persönlichkeit Wilhelms II.:

Es wird zur Zeit keine interessantere Persönlichkeit auf euro-  
päischen oder außereuropäischen Throne geben, die so allgemein die  
Achtung hervorruft, wie der gegenwärtige deutsche Kaiser. In Schu-  
pausie sehen die Arien des italienischen Königs allerdings besser,  
aber an Mächtigkeitskraft und Geist und was uns am mei-  
sten imponiert, an Originalität, oder besser gesagt, an Persönlich-  
keit ist der deutsche Kaiser einzigartig. Wo wird nicht die viel-  
schätzigste und das trifft besonders bei Wilhelm II. zu. Selbst dem  
röhmischen Kaiser nach sein Reich, seine Arbeitslust imponieren.  
Von frühen Morgen bis zum späten Abend ist sein Tag mit  
Empfängen, Besuchen, Paraden usw. ausgefüllt und zwar geschieht  
dieses intensive Inanspruchnahme einzig im Staatsinteresse. Für  
den Kaiser ist eben der Staat das höchste, die Staatsidee das ein-  
zige, in dem er persönlich ganz aufgeht.

Dieses sozialdemokratische Urteil deckt sich im großen und  
ganzen mit den Anschauungen der bürgerlichen und nationalen  
Kritiker des Kaisers, wir sagen ausdrücklich der Kritiker.  
Auch in den trübsten Novembertagen ist von der nationalen  
Opposition immer das edle Leitmotiv in allen Handlungen  
des Kaisers anerkannt worden, wie es hier von einem sozial-  
demokratischen Gegner der Monarchie geschieht.

Ueber den Kampf des Kaisers gegen die Sozial-  
demokratie wird ausgeführt:

Der Kampf gegen die Sozialisten! Der ist so selbstverständlich,  
Seine Umgebung schildert ihm die Sozialisten als Raubvögel und  
Häufiger, und ein Blick in unsere Presse muß dies bisweilen  
auch begründet erscheinen lassen. Wenn doch auf den Kaiser ver-  
lassen die Sozialdemokraten den Saal und dann wird dem Monarchen  
plausibel gemacht, daß sei gegen ihn demonstriert, während die  
Demonstration sich gegen die monarchische Idee kehrt. Das Persön-  
liche vom Sachlichen zu unterscheiden, ist eben für viele Leute furcht-  
bar schwer.

Das Recht der freien Rede möchte dieser Sozialdemokrat  
dem Kaiser nicht verweigern, ein Recht, das jeder Staats-  
bürger in Offen haben. Zur Errichtung einer Republik,  
meint er, bedürfte es einer größeren Reife, als sie dem deut-  
schen Volke z. B. eigen sei. „Vorderhand und auf lange  
hin an s bleibe die Monarchie in Deutschland die einzig  
mögliche und einzig erfolgreiche Staatsform.“  
Wir brauchen uns an dieser Stelle nicht in eine theoretische  
Erörterung über Monarchie und Demokratie und die für  
sie erforderlichen Reifegrade einzulassen, es genügt, festzu-  
stellen, daß ein sozialdemokratischer Gegner der Monarchie  
ihre historische und politische Berechtigung und Notwendigkeit  
für die Gegenwart und noch einige folgende Generationen  
anerkennt, so weit es Deutschland betrifft. Auf diesem höchst  
verständigen Standpunkt steht freilich die deutsche Sozial-  
demokratie nicht. Sie gefällt sich in einer für die Gegenwart  
sehr lächerlichen Verneinung der Monarchie, zeigt ihr ihre  
offensivste Mißachtung, erschöpft sich in unfruchtbaren Pro-  
testen gegen eine Institution, die sie auf absehbare Zeit um-  
zustößen nicht in der Lage ist, und muß sich dann gefallen  
lassen, daß ihr von der Monarchie mit gleichem Maße gebient  
wird. Daß sie so den politischen Einfluß der Arbeiterklasse  
im Gegenwartsstaat, dessen Grundlagen auch die einer weiteren  
Zukunft sein werden, geradezu unterbindet, darüber werden  
verständige Sozialdemokraten wohl nicht im Zweifel sein.  
Wie du mir, so ich dir. Die Arbeiterklasse sollte einsehen,  
daß sie ihre wirtschaftlichen, kulturellen und politischen In-  
teressen erfolgreicher verteidigen könnte, wenn sie zu unserem  
Sozialdemokraten die Monarchie auf lange Zeit hinaus als  
die einzig mögliche und einzig erfolgreiche Staatsform in  
Deutschland anerkennt. Daß die Sozialdemokratie, in starrem  
Dogmatismus befangen, die Politik nicht als die Kunst des  
Möglichen erkennen will, ist ihr schwerster Fehler. Ihre  
absolute Verneinung der Monarchie, ihre gehässige und feind-  
selige Haltung gegen jeden Kronenträger ist zum mindes-  
ten eine große Torheit. Sie erreicht damit nichts und wird  
damit auf absehbare Zeit nichts erreichen, als eine Gemmung  
der Arbeiterbewegung und eine Stärkung der reaktionären  
Elemente. Was heute allein möglich ist, ist eine demokratische  
Weiterbildung der konstitutionellen Monarchie. An dieser  
sollte die Sozialdemokratie sich beteiligen und abarbeiten, ob  
einmal in Deutschland für ihr unitarisches und republikanisches  
Staatsideal günstigere Zeiten kommen. Daß die Sozial-  
demokratie in ihrer Gesamtheit sich zu dem realpolitischen  
Standpunkt ihres hier angezogenen Genossen durchzumahnen  
wird, dafür sind die Aussichten freilich auf absehbare Zeit  
herzlich schlecht. Und so werden sich auf absehbare Zeit Mo-  
narchie und Sozialdemokratie wie Feuer und Wasser scheiden,  
und da die Monarchie stärker ist als die Sozialdemokratie,  
so wird die Arbeiterklasse die Kosten dieses dauernden Kriegs-  
zustandes tragen und trägt sie zu unfremem Bedauern vielfach  
schon heute. Aber man muß gerechtfertigt sagen zu La-  
bour, George Vandin.

Daß unser realpolitischer Sozialdemokrat, der dem Kaiser  
Gerechtigkeit widerfahren läßt und sich vornehmlich mit der  
Monarchie als Institution abzufinden weiß, nun nicht etwa  
ein verkappter Monarchist, sondern ein ganz ehrlicher Demokrat  
ist, das belegt er durch folgende Äußerungen:

Einen großen Fehler hat der Kaiser und der besteht darin,  
daß er sich über die Kräfte der ihm umgebenden Monarchie nicht  
erheben kann. Er ist gewissermaßen die Befehlsgeber. Er sollte  
den Mut haben, die bei ihm nach gewöhnlichen Gedanken auch durch-  
zuführen und auch in kleinen Dingen tun zu dürfen, wie zum Be-  
ispiel, den „Simplissimus“ regelmäßig lesen zu können. Er  
sollte mit den Kammer, Hofmann, Pflugbeil und Nebel verkehren  
dürfen. Bei diesem Verkehr würde der Kaiser zweifellos wertvollere  
Dinge zu hören bekommen, als bei den Herren Junken, Agrariern,  
Dörfpredigern, oder wie die Arbeiter des toten Buchstaben, des Dog-  
mas, des Kammons und der Politik herjen können. Die Soli-  
sitas sollte der überaus begabte, ja geniale Kaiser lernen  
lernen. Auch eine gelegentliche Verbindung mit einem liberalen  
Kritiker könnte schädlich etwas schaden.

Das sind gravierende eines Sozialdemokraten, die  
ebenfalls oft und mit eben so viel Recht auch von bürger-  
lichen und nationalen Vätern erhoben werden. Und es  
sind Gedanken, die sich als politisch fruchtbarer — wenn  
durchführbar — erweisen würden, als die einfache Verneinung  
der Monarchie und die einfache Forderung der Republik.  
Unmöglich können wir die Monarchie nicht, es liegt für einen  
solchen Umsturz auch nicht das mindeste Bedürfnis vor. Wir  
danken höflich für ein unitarisches deutsche Republik. Die  
Monarchie ist tatsächlich für Deutschland die Staatsform, die  
in den geschichtlich gewordenen Verhältnissen begründet ist  
und die dem Reiche seine Handlungsfähigkeit nach innen  
und außen am besten sichert. Aber wir können, um ein be-  
liebtes revisionistisches Wort zu gebrauchen, „hineinwachsen“  
in einen Zustand, in dem auf Grund besserer und genauerer  
gegenseitiger Kenntnis ein erträglicheres, reibungsloseres  
Verhältnis zwischen Monarchie und Demokratie sich heraus-  
stellt. Damit würde für beide Teile viel gewonnen sein.  
Unser Autor behauptet, der Kaiser könne das Wesen des So-  
zialismus gar nicht verstehen, weil selbst Bismarck ihm nie die  
volle Wahrheit über den Sozialismus gesagt habe. Wir lassen

das dahingestellt, die fortgesetzten Schmähungen der radikalen sozialdemokratischen Blätter gegen die monarchische Institution und gegen die Hohenzollern-Dynastie im besonderen werden dem Kaiser eine sehr deutliche Vorstellung von den antimonarchischen umstürzlerischen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegeben haben, selbst wenn er das Wesen des Sozialismus, d. h. die sozialistische Theorie, nicht allzu gründlich studiert haben sollte. Umgekehrt aber wird man auch sagen können, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter das Wesen der Monarchie nicht versteht, weil die Kautsky, Mehring, Naumann, Bräuer u. a. Demagogen ihnen nie die volle Wahrheit über die Monarchie gesagt haben. Da würden vielleicht innigere Beziehungen zwischen Demokratie und Kaiserthum manchem roten Revolutionär doch ein klareres Bild von der Bedeutung der Monarchie verschaffen, von ihren Wirkungen und zwar erproblichen Wirkungen in Vergangenheit und Gegenwart, von ihrer Begründlichkeit in der unumstößlichen Tatsache, daß sie für die Zeitpausen, mit der praktischen Politik zu rechnen hat, für Deutschland die einzig erfolgreiche Staatsform ist.

Wir wollen noch erwähnen, daß unser Sozialdemokrat ebenso freimüthig wie wahrheitsliebend erklärt, wer heute noch an der Friedensliebe Wilhelms II. zweifle, sei beschränkt oder aber Chauvinist. In der üblichen sozialdemokratischen Darstellung ist bekanntlich das Deutschland Wilhelms II. die einzige zum Krieg treibende Macht. Endlich erklärt unser Sozialdemokrat, daß er den Mut haben würde, als Königsgänger im Hohenzollernschloß zu erscheinen:

Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter würden wir vor einem Besuch bei Hofe nicht zurücktreten; aber nur unter der Bedingung, daß kein Galaanzug nötig wäre. Wenn wir nachher vom Berliner „Comité“ den unermesslichen Tribut bekämen, hätten wir wenigstens die Gewißheit, einmal im Leben bei einem großen Mann, solchen Charakter und geschickten Deutschen gewollt zu haben, dessen Händedruck und nur Ehre machen würde.

Wir wissen nun wohl, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Dieser Genosse, der sich im demagogischen Phrasenebel den Kopf klar und kühl gehalten, der daher das Wesen der Monarchie wie den Charakter Wilhelms II. objektiv zu würdigen weiß, dieser Genosse wird von der ionangebenden sozialdemokratischen Presse entweder ausgepöffelt oder totgeschwiegen werden. Sie wird trotz seiner in der üblichen gehässigen und niedrigen Weise die Monarchie und ihre Träger, auch die von einigen Herrscherfähigkeiten und rühmlichen Eigenschaften, angreifen, um die Köpfe der Massen für Republik und schamlose Demokratie zu revolutionieren. Aber wir meinen, wir sollen doch an solchen guten Regungen gesunder Vernunft, realpolitischer Anpassungsfähigkeit an die Grundlagen und Erfordernisse des monarchischen Gegenwartsstaates innerhalb der gährenden Welt der sozialistischen Revolutionen nicht achtlos vorübergehen. Ohne allerdings als Träumer aus Wolkenludelsheim für eine nahe Zukunft auf diese Regungen irgendwelche Hoffnungen und Illusionen zu hegen, ohne, durch sie jenseitig berührt, die Aufgabe einer scharfen Abwehrstellung gegen die Sozialdemokratie befürworten zu wollen. Aber doch so, daß wir uns eine alte Weisheit vergegenwärtigen: *gutta cavat lapidem, non vi, sed saepe cadendo.*

**Zur Reichsfinanzreform.**

Eine Aushubung der Rheinprovinz.

Am nächsten Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr, findet im Vittoria-Saal zu Köln (am Waldmarkt) eine öffentliche Versammlung statt, in der die Frage der Reichsfinanzreform behandelt werden wird. Als Redner haben zugesagt: Prof. Dr. Wagner-Berlin, Prof. Dr. Jörn-Bonn und Prof. Dr. Diegel-Bonn. Dem geschäftsführenden Ausschuss gehören an: Geh. Kommerzienrat Dr. Julius-Nachen, Prof. Dr. Diegel-Bonn, Bankier C. Th. Deichmann-Köln, Kommerzienrat Max v. Gullekome-Köln, Birkel. Geh. Rat Dr. Hamm-Bonn, Prof. Rodenhauer-Köln, Oberbürgermeister Dr. Dehler-Krefeld, Oberbürgermeister Piecz-M. Gladbach, Fabrikbesitzer Schaaf-Köln, Prof. Dr. Jörn-Bonn. Sie wenden sich mit nachstehendem Aufruf an alle Bevölkerungsteile und alle Parteien der Rheinprovinz:

Die Reichsfinanzreform ist eine Lebensfrage der Nation. Das deutsche Volk fordert, daß die Reform nicht durch kleine Mehrheiten der einen oder andern Parteivereinigung, sondern möglichst einmütig vom Reichstage angenommen wird. Es verlangt vor allem auch, daß keine Partei die Zustimmung von einer Mehrzahl ihres politischen Einflusses oder von Zugehörnissen an ihre politischen Anschauungen abhängig macht. Geboten ist eine völlige Erfassung der Reichsfinanzen betriebl. daß weiterhin das Reich weder für die Deckung dauernder Ausgaben zur Aufnahme von Anleihen gezwungen wird, noch in seinen Einnahmen von den Einzelstaaten abhängig bleibt. Die hierzu erforderlichen Steuern zu

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

Groß. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.

Figaros Hochzeit.

Wollten wir es wieder einmal ein Mozartabend zustande. Er brachte Figaros Hochzeit, des Meisters reizendes drama giocoso. Die Aufführung ging unermesslich glänzend von statten und fand sogar auf offener Szene einige Male den Beifall des sehr beifallsfähigen Publikums. Demnach trat sie den eigentlichen Mozartial nur vereinzelt. Das ist nicht sehr zu verwundern; der Mozartial ist unpopulär und schwer. Man gibt sich auch darum und überhaupt im allgemeinen heute nicht mehr sonderlich viel Mühe, ihn zu verstehen — auch das vielgeleitete Jubiläumsjahr hat — wie alle Jubiläen — dazu nicht viel getan. *Reichwein's* Bemerkungen, der Herr von Woggershau zu ihrem vollen Recht zu verhelfen, seien nicht vergessen. Doch er ist von Entgegenkommen anderer abhängig und das hat er nicht überall gefunden. Das Orchester hielt sich nicht schlecht, aber es fehlte gar oft der sinnliche Klang, den man in der Oper stehender Festlichkeit nicht gern vernimmt, die Musikinstrumente verbunden sich mit dem Streichorchester nicht immer zu der Einheit, zu der Mozart sie fügte und der enge Zusammenhang mit den dramatischen Vorgängen war nicht immer gewahrt. Die Darstellung spannte zwischen gewöhnlicher Opernmusik und Einheitsheit merkwürdig einher. Selbst Frau *Safara-Waag*, die die Gräfin neu übernommen hatte, scheint zu Mozart und zu seinem Stil, in dem alles Ausdruck ist, kein inneres Verhältnis zu finden. Schon in der Fünfter Akte konnte man das ahnen, wenn es auch da noch nicht so klar zu Tage trat, wie im Figaro, wo selbst die wunderbarste elegische Arie des dritten Aktes recht fast ließ. Frau Hoffmann kommt von

tragen, ist eine Ehrenpflicht jedes Standes und Berufes. Wenn das Volk in seiner Gesamtheit Erhöhungen indirekter Steuern zum Wohl des Ganzen opferbereit auf sich nimmt, muß sich auch der Besitz in gerechtem Ausmaß willig der Besteuerung des den Nachkommen des Erblassers zufallenden Erbes unterwerfen. Insbesondere ist zu fordern, daß im Kreise der Grundbesitzer der Kampf gegen diese Steuer aufgegeben wird. Sie ist nicht nur gerecht, sondern will zudem lediglich den größeren Grundbesitzer treffen und diesem noch bedeutende Erleichterungen gegenüber dem mobilen Besitz gewähren. Wir bitten alle rheinischen Männer, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, bei dem Reichstage für baldigste Annahme der Finanzreform einzutreten.

Ihre Zustimmung zu dem Aufruf haben in zwei Tagen über 300 Bürger der Rheinprovinz erklärt.

**Die Konserwativen und die Erbanfallsteuer.**

Nach übereinstimmenden Meldungen der Berliner Blätter beriet gestern die konserwative Fraktion in einer zweistündigen Fraktionsitzung über ihre Stellungnahme zur Erbanfallsteuer. Nach Gerüchten, die sich zum Teil widersprechen, sollen nur 10, nach andern 12 Mitglieder der konserwativen Fraktion für eine Erbanfallsteuer sein.

**Der konserwative Antrag betr. Wertzuwachssteuer.**

Im gestrigen Abendblatt haben wir den als Antrag für die Erbschaftsteuer eingebrachten konserwativen Antrag zur Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien und Wertpapieren veröffentlicht.

In der Begründung des Entwurfs betonen die Antragsteller, daß sie von der Auffassung ausgehen, daß die Erbschaft der Kinder und der Ehegatten nicht als ein unbedingter Vermögenszuwachs aufzufassen sei, daß sie vielmehr lediglich einen Besitzwechsel eines an sich der Familie gehörigen Besitzes darstelle, der unter besonders nachtheiligen Umständen für die Erwerber statfinde. Zugrunde gelegt wird in der Begründung ein jährlicher Wertzuwachs in den Großstädten von 360 Millionen, in den kleinen und mittleren Städten um 270 Millionen, auf dem Lande um 100 Millionen. Die Wertzuwachssteuer von diesen Beträgen wird, wie die Begründung ausführt, nur durch die Kommunen veranlagt und erhoben werden können, und es wird deshalb ein erheblicher Antheil von ihren Erträgen als Vergütung den Kommunen in Anspruch zu bringen sein. Deshalb wird hier angenommen, daß als Reinertrag für das Reich sich nur die Summe von 6 vom Hundert des Gesamtzuwachses von 730 Millionen, also der Betrag von 43,8 Millionen ergibt. Für die Wertzuwachssteuer von Papieren kommen im wesentlichen nur die Dividendenpapiere bei der Berechnung in Betracht, weil bei festverzinslichen Papieren nicht so erhebliche Schwankungen vorkommen. Bei einem Nennwerte des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften von 14 Milliarden und einem Besitz an ausländischen Dividendenpapieren von 6 Milliarden wird ein durchschnittlicher jährlicher Wertzuwachs von 1 Milliarde angenommen, der zur Besteuerung kommen könnte. Die Form der Besteuerung wäre nach dem Entwurf etwa so zu denken, daß bei jedem Verkauf ein den Preis und das Datum enthaltender Auszug aus der Schlußnote unlässlich mit dem Papier verbunden wird. Der Börsenumsatzstempel für die Schlußnoten usw. betrug seit dem Gesetz von 1900 niemals unter 9 Millionen, liegt zeitweise aber auf über 20 Millionen. Rechnet man hieron nur 5 Millionen auf die Dividendenpapiere, so ergibt sich bei dem Stempelsatz von 0,3 von 1000 auf diese Papiere ein jährlicher Umsatz von 16 1/2 Millionen. Wendet man nun jährlich den oben berechneten Wertzuwachs von jährlich 5 Prozent an, so gelangt jährlich ein Zuwachs von mindestens 830 Millionen Markt zur Besteuerung. Dieser Wertzuwachs ergibt ebenso bei den Immobilien mit 6 Proz. besteuert einen Betrag von jährlich 43,8 Millionen Markt. Demnach würde also die Wertzuwachssteuer von Immobilien und von Wertpapieren zusammen 83,6 Millionen Markt ergeben.

**Politische Uebersicht.**

Mannheim, 23. April 1909.

**Zum Arbeitskammergesetzentwurf.**

Um zum Arbeitskammergesetzentwurf nach den Beschlüssen der Reichstagskommission Stellung zu nehmen, traten gestern der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses zu einer außerordentlichen Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen. Vertreten war der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Verbände der katholischen Arbeitervereine, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die Staatsarbeiterverbände. Im Deutschen Arbeiterkongress sind über eine Million Arbeitnehmer vertreten.

Wagner hat; seine Kunst versteht sie zu leben. Es war Wollsch, daß sie zunächst die Elisabeth sang und mit Mozart noch wartete. Diese Anordnung war verfehlt. Aber die Stimme behielt nicht die Leichtigkeit, die großartigen Linien ihres Parts entsprechend nachzugeben, und ihr Piano ging im Ensemble meistens verloren. Nur die Stellen, bei denen großer dramatischer Ausdruck erforderlich ist, brachte sie die frische Schönheit der Stimme gut zur Geltung. Zudem sah sie als Gräfin hübsch aus und bewegte sich auch vornehm. In der übrigen Besetzung war keine Aenderung eingetreten. *Romeo*, dem man es anmerkte, daß er in spanisch zu viel Wagner sang, gab den Grafen, *Benito* den Figaro, die *Susanne* Frau *Reinert*, die *Mozart* singen konnte, wenn sie noch die nötigen Stimmmittel hätte. Sie hielt dann noch auch da mit dem geschmacklosen Fortschritt zurück, wo es nicht angebracht ist. *Herr* Frau *Belting-Schäfer* war als *Gertrud* Frau *Berg-Bahling* eingespungen, die eine warme, vor allem in den oberen Tönen hübsch klingende Sopranstimme hat und ihre Rolle mit musikalischem Geschick durchführte, ohne freilich in der ganzen Art den kleinen Schwermüher mit dem *Chor* auszuhalten, den man von Frau *Belting-Schäfer* her gewohnt ist. Die kleineren Rollen waren mit *Herr* *Koffler*, *Max*, *Loisin*, *Copony* und *Sieder* gut vertreten. Dr. H.

Herr *Reinert* hat im Hoftheater zu München als *Don Quixote* und, wie wir aus den Kritiken ersahen, großen Erfolg gehabt.

Theater-Nachr. Die Intendantin teilt mit: In der morgigen Aufführung von „Reinhold“ sagt Kammerling *Dans* *Bullard* vom Groß. Hoftheater in Karlsruhe die Partie des *Legat*. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr.

In der Bewertung der paritätischen Arbeitskammern unter Mitwirkung der Sekretäre der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisationen beriefte unter den Ausschussmitgliedern Uebereinstimmung. Folgende Resolution wurde beschlossen: Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses nimmt von dem Entwurf eines Arbeitskammergesetzes nach den Beschlüssen der Reichstagskommission, trotzdem darin nicht alle Forderungen der christlichen Arbeiterkammern Berücksichtigung fanden, zu- stimmen und Kenntnis. Der Kongressausschuss behauert jedoch sehr, daß die verbündeten Regierungen die Einbeziehung familiärer Staatsarbeiter als unannehmbar erklärt haben und dadurch diesen Arbeitern die dem wirtschaftlichen und sozialen Frieden dienende Institution vorenthalten. Die in Frage kommenden Staatsarbeiter empfinden dies als eine ungerechtfertigte Zurücksetzung. Der Kongressausschuss stellt ferner mit besonderer Befriedigung fest, daß die Reichstagskommission die Wählbarkeit solcher Personen in die Kammer beschlossen hat, die als Vorstände oder Beamte der beruflichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen tätig sind. Die Wählbarkeit dieser Personen entspricht der sozialen Gerechtigkeit gegen Arbeiter und Handwerker, sowie dem Erfordernis, die Kammer praktisch brauchbar und arbeitsfähig zu gestalten. Der Kongress richtet an den Reichstag das dringende Ersuchen, unter keinen Umständen in eine Wiederbeurteilung der die Wählbarkeit der Vorstände oder Beamten der beruflichen Organisationen er-möglichten Bestimmungen zu willigen, weil sonst das Interesse und das Vertrauen der Arbeiterkluft im Lande an dieser Institution erschüttert würde. Der Kongressausschuss schließt sich den Resolutionen der Reichstagskommission betriebl. die Kammer für Handlungsgehilfen und Betriebsbeamten zustimmend an.

**Badische Politik.**

Zur Reichsfinanzreform.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 23. April.

Die von den nationalliberalen, jungliberalen, demokratischen, nationalliberalen und konserwativen Vereinen einberufene öffentliche Versammlung, in der die Reichsfinanzreform besprochen werden sollte, war im Allgemeinen gut besucht; auch die Minister von *Marshall* und von *Polman* hatten sich eingefunden. Geheimrat *Rehmann* begrüßte die Versammlung, zu der die Vereine jener Vereine eingeladen, deren Mitglieder den Vereinen des Reichstagsblocks angehörten. Die Reichsfinanzreform dränge zur endlichen Lösung, sie sei nicht mehr eine technische Frage, sondern sie gehe an den Kern des deutschen Volkes — wolle nicht Macht, Ansehen und Kredit des deutschen Volkes mit leiden, müsse der jetzigen Finanzwirtschaft ein Ende gemacht werden. Bei der Aussprache mit dem Reichsanwalt habe es derselbe als ein bedeutendes Ereignis bezeichnet, daß zum ersten Male aus den breiten Schichten des Volkes heraus Strömungen sich regen zugunsten der neuen Steuern. Er hoffe, so habe der Reichsanwalt ausgeführt, daß dieser Reichstag nicht auseinander gehen werde, bevor die Frage der Reichsfinanzreform gelöst worden sei.

Der Redner des Abends war der Dozent Dr. *Senin*, der seine Ausführungen mit dem Gedanken einleitete, daß die Einführung neuer großer Steuern notwendig sei und gibt sodann auf die Ursachen der Finanznot ein und gibt einen Rückblick auf die finanzielle Entwicklung des deutschen Reiches seit 1870. Drei Aufgaben seien heute zu erfüllen: 1) die Regelung des Verhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten; 2) müsse man dazu kommen, die Schulden zu tilgen und endlich ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Man müsse sich aber auch darüber klar sein, daß im deutschen Reich keine Ausgaben gemacht worden seien, die nicht notwendig geworden seien. Die Entwicklung des Reiches nach Innen und Außen habe sich notwendig erweisen und habe große Summen gekostet. Diese Ausgabenpolitik müsse im Großen und Ganzen anerkannt werden, denn Erstauflagen sei geschaffen worden, eine fabelhafte Entwicklung des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, sei eingetreten und Arbeitsgelegenheiten seien geschaffen worden, an die man vor 1870 nicht gedacht habe; der Export habe eine eminente Steigerung erfahren. In dieser Zeit sei Deutschland wesentlich im Konsum gestiegen und auch enorm reich seien wir geworden, er erinnere an die gewaltige Steigerung der Sparlaffensanlagen. Nach den Engländern und Amerikanern dürfe die deutsche Bevölkerung die reichste der Welt sein. Nachgewiesen sei, daß die Einkommensbeziehung unserer unteren Schichten eine wesentlich stärkere sei als die der oberen. Gewiß müsse dieser Zug noch verstärkt werden, doch überall zeigte sich die Entwicklung noch verwickelt. Wenn die Reichsfinanzreform angenommen wird, dann zahle Deutschland auf den Kopf 56 Mt. 10 Pfg., England 36 Mt., Frankreich 22 Mt. und die Vereinigten Staaten 88 Mt. An indirekten Steuern zahle am meisten Amerika, dann folge England, Frankreich und Deutschland an dritter Stelle. Die Frage sei jetzt die, könne man noch Steuern finden, die gerecht genannt werden könnten. Redner beachte diese Frage und tritt für die weitere Besteuerung des Bieres, Weines, Branntweines und des Tabaks ein. Daneben müßten aber auch direkte Steuern

**Vom Theater.** Wie wir hören, wird Herr *Frans* *Suhwig* vom Wiener Haupttheater am 8. und 9. Mai am hiesigen Hoftheater ein zweimaliges Gastspiel abspielen und zwar am 8. Mai als „*Camille*“ und am 9. Mai als „*Camot*“. Diese Gastspiele dürften von weiten Kreisen des hiesigen Publikums mit Interesse verfolgt werden, nicht bei ihnen doch Herr *Suhwig* durch seine frühere Tätigkeit am hiesigen Hoftheater noch in besserer Erinnerung. Aus dem Intendanten wird man für das Jubiläumsgeschenk dieses Gastspiels dankbar sein.

**Reines Operetten-Theater.** Im Reinen Operetten-Theater gehen heute abend die beiden auftragigen Einakter „*Vera Violetta*“ und „*Die großen Gräfinnen*“ mit Herrn *Fritz* *Werner* in der Operette in Szene. Morgen abend 8 1/2 Uhr gelangt *Denberger* entzückende Operette „*Der Opernball*“ zur Aufführung. Herr *Fritz* *Werner* wird die Hauptrolle zur Darstellung bringen.

**Kabarett.** Wie wir hören, ist das Hund-Duett anlässlich des Kabarett zugunsten des Tierparks von Herrn *Jakob* *Strauß* verfasst worden.

**Frau** *Reis* *Illing*, die Gründerin des „*Englischen Theaters*“ in Deutschland, weil gegenwärtig in London, um die Proben für die Darstellung der beiden zunächst aufzuführenden Stücke, „*Mr. Hopkins*“ (M. G. Carton) und „*Landida*“ (G. A. Shaw) zu leiten. Frau *Reis* *Illing* hat hervorragende Kräfte engagiert, u. a. *Mrs.* *Daniel* *Richard*, *Mrs.* *Sam* *Walker* und *Mrs.* *Frank* *Stamm* der die Titelrolle in „*Mr. Hopkins*“ spielen wird. *Mrs.* *Over* *regisseur* ist einer der best bekannten jüngeren Schauspieler Londons, *Mrs.* *Rose* *Wassell* gewonnen.

**Der König.** In dem hiesigen Militärverbot für die Komodie „*Der König*“, schreibt das freikünliche *Berliner Tageblatt*: „Es ist in der Tat sehr wenig geschmackvoll von den Mannheimern, den lustigen König von Serdanten vorschweblich zu zeichnen. Besonders verwerflich aber ist es, daß gerade die freiburgische Hoftheater nicht recht leiden, aber sie werden es doch nicht gleich mit *Carl* *Sebastian* auf eine Stufe stellen wollen.“

eingeführt werden, die den großen Besitz treffen, das Bedenklichste sei allerdings die geplante Verdoppelung der Matrilinearbeiträge. Nebner erörtert sodann die einzelnen Steuerfragen und betont, daß der eigentliche Kampf sich um die Nachlasssteuer drehe. Selbst wenn wir an der äußersten Steuermöglichkeit angekommen seien, müßte man doch erwägen, ob man nicht auf dem Altar des Vaterlandes Opfer bringen müsse. An allen großen Kultur- und sozialen Fortschritten würde Deutschland gehindert sein, man habe eine Vernachlässigung der Kulturaufgaben im schlimmsten Sinne zu erwarten. Und komme die Reform nicht zustande, dann würde die Niedrigbildung des demokratischen Grundgesetzes im deutschen Reich zu erwarten sein, dann müßte sich die Regierung auf die reaktionären Parteien verlassen, die auf den Augenblick lauerten, wo sie in die Bresche eintreten können. Scheiterte die Finanzreform, so sei das Schlimmste zu erwarten — das Reich, das Otto Bismarck geschaffen, habe sich bewährt und sei seit 30 Jahren in die Weltpolitik eingetreten, es habe eine große Sozialpolitik getrieben und eine gesunde Kolonial- und Flottenpolitik. Nebner schließt gegen den Schluß weit vor: Thema ab und meint, daß seit 1878 die deutsche Regierung sich von der Linken eliminiert und daß Zentrum und die konservative Partei die Politik geleitet; erst 1906 habe Bülow sich bemüht, den liberal-konservativen Block zustande zu bringen, der Erfolge erzielt habe. Heute dreht es sich darum, können wir die Politik, wo Bülow wieder den Liberalismus an die Stelle des Zentrums setzen will, mitmachen. Wir haben die Verpflichtung im Süden, diese Politik zu unterstützen und diese muß das Recht auf nationale Arbeit gewähren und deutsche Kulturarbeit treiben, und so möchte er hoffen, daß die Konservativen die Hand des Liberalismus in dieser wichtigen Frage der Einigung nicht zurückziehen. (Beifall.)

In der Debatte ergriff zuerst das Wort der Vorstand des jungliberalen Vereins, Kommerzienrat Frey, um auszuführen, daß man neben der direkten Steuer auch die indirekte Steuer heranziehen müsse. Das gesunde Empfinden des deutschen Volkes fordere die Reform und man könne sich freuen, daß die Regierung fest geworden sei; an der Einsicht der liberalen Parteien habe es aber nicht gefehlt. Kein Deutscher werde in diesem ersten Augenblick verlangen und der Erfolg, der gewünscht, werde gesiegt werden.

Stabsrat Dr. Weill findet, daß das Referat etwas gar zu rosig gefärbt sei; er sei der Meinung, daß es in der Hauptfrage die Schuld der Reichsregierung und des jetzigen Kanzlers sei, wenn die jetzige Misere gekommen. Mit einem gewissen Durcheinander man die Reichsreform der Regierung unmöglich annehmen. Mit höher Ueberlegung müsse man die Sache behandeln und zuerst bemüht sein, das Defizit zu beseitigen; — hier müsse Wandel geschaffen werden und er müsse auch erklären, daß die Linke nicht die Hauptschuld an dem Anwachsen der Schulden trage. Wir verlangen, daß auch Besitz und Vermögen zu den Lasten herbeigezogen werde in progressiver Weise. Deshalb begrüßt er die Nachlasssteuer, die eine Konzeption an die Linke des Liberalismus bedeute. Bei den Verbrauchssteuern müsse man alles berücksichtigen, was die Industrie befaßt, vor allem müsse die Liebesgabe beseitigt werden. Wenn ein Wille vorhanden, werde sich auch der Weg finden.

Direktor Dr. Heimbürger betont, daß die Ausführungen des Referenten nicht dazu angetan seien, zu denselben zu schweigen. Die bengalische Belandung der Entwicklung der deutschen Politik läßt er nicht anerkennen. Der hervorragenden Tüchtigkeit des deutschen Volkes seien die Erfolge zu verdanken und manches hätte geparkt werden. Nicht als verstandlose Rädler stände man dem deutschen Reich gegenüber, aber daß deshalb alles gut sei, könne er nicht anerkennen, vor allem gefalle ihm nicht, daß der Junker darin herrsche. Auch seine Partei wolle an der Finanzreform mitarbeiten, aber alle die vorgebrachten Stimmen der Franzosen, Engländer und Russen seien doch dummes Zeug, ohne daß man sich der Reform der Finanzen verschließe; die Gründe der Schulden können heute nicht mehr in Betracht kommen, doch dieselben müßten bezahlt werden. Und wir begrüßen es, daß auch einmal eine Steuer auf den Besitz eingeführt werden solle, das entspricht nicht nur der Leistungsfähigkeit, sondern auch der Gerechtigkeit. Das sei ein Fortschritt und deshalb trete man für die Pläne der Regierung ein, obgleich auch hier manches kritisch zu behandeln sei.

Professor Hausrat will der Aufmachung der Geschichte des Referenten nicht nachgehen und schiebt sich im allgemeinen des Vortragenden Ausführungen an. Die Mitwirkung der Junker sei auch jetzt noch zu bebauern. Dem statistischen Material des Referenten möchte er die Belastung des kleinen Mannes entgegenhalten, die durch weitere indirekte Steuern nur erhöht werde. Deshalb müsse man vor allem wünschen, daß die direkte Steuer in den Vordergrund trete. Der gute Wille für eine Reform sei auch auf der Linken vorhanden.

Generalsekretär Schmidt von der konservativen Partei gibt seine Genehmigung über das Hauptreferat ab. Er erklärt, daß die konservative Partei den Standpunkt vertritt, daß dem Reich die nötigen Mittel gewährt werden und zwar auf dem Wege der indirekten Steuern und durch die Matrilinearbeiträge. Der konservative Verein erwarte, daß die Reform ohne die Erbschaftsteuer zustande komme; sollte dies nicht der Fall sein, so stimme man dem jetzigen Plan des Reichskanzlers zu.

Herr Schmidt, als Vertreter des Bundes der Landwirte, nimmt die abschließenden Junker in Schutz; auch er hoffe, daß die Reform ein glückliches Ende nehme; er befürwortet eine Reichs-umsatzsteuer anstelle der Erbschaftsteuer. Die Junker hätten gezeigt, daß sie im Her etwas geleistet, deshalb sei es nicht recht, gegen dieselben Front zu machen.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, der betont, daß man darüber einig sei, daß dem deutschen Reich geholfen werden müsse, wird die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

□ Karlsruhe, 22. April. (Korresp.) In seiner letzten Sitzung hat der enge Ausschuss der national-liberalen Partei folgende Resolution zur Reichsfinanzreform beschlossen: Die Ordnung des Haushalts im Reich und in den Einzelstaaten kann nur aufrecht erhalten werden, wenn durch eine Finanzreform dem Reiche dauernd die zu der Bekämpfung der notwendigen Ausgaben erforderlichen Mittel zugeführt und die Einzelstaaten vor sprunghaft steigenden Anforderungen des Reiches bewahrt und im Fortschritt derjenigen Steuerquellen erhalten werden, aus welchen sie bisher wesentliche Teile ihrer Einnahmen bezogen haben.

Diese Reform ist auch erforderlich, um das Ansehen und die Macht des Reiches auch nach außen hin zu erhalten und den Bemühungen der Diplomatie den unentbehrlichen Nachdruck zu gewähren. Sie ist heute nicht minder notwendig, um der inneren Politik die ruhige und stetige Fortentwicklung zu ermöglichen. Das Erwerbleben in allen seinen Zweigen leidet unter der gegenwärtigen Unklarheit und Unsicherheit. Aus diesen Gründen ist eine unermittelte Lösung der Finanzreform die nächste und dringendste Aufgabe des Reichstages. Die Vorlage der veränderten Reaktionen erscheint uns insofern annehmbar, als sie bei

Verteilung der neuen Auflagen auf die allgemeinen Genussmittel und auf den Besitz den richtigen Nachdruck gefunden hat und in letzterer Beziehung nach Möglichkeit die Steuerquellen der Einzelstaaten schont. So erblicken wir insbesondere in der Nachlasssteuer oder im Ausbau der Erbschaftsteuer den zweckmäßigen Weg, um ebensowohl der Gerechtigkeit, als den berechtigten sozialen Anforderungen zu entsprechen. Wir begrüßen es, daß die national-liberale Fraktion des Reichstages in ihrer überwältigenden Mehrheit bereit ist, in diesem Sinne an dem Reformwerk mitzuwirken und wir würden es bedauern, wenn es nicht gelänge, dafür die Fraktion einmütig und geschlossen einzusetzen zu können.

Kommunalwahlen.

oc. Furtwangen, 22. April. (Korresp.) Infolge Kasseierung der ersten Wahl durch den Verwaltungsgerichtshof hatten gestern nochmals die Bürgerausschüsse in der 3. Klasse postzufinden. Es siegte diesmal die sozialdemokratische Liste.

Landtagskandidaturen.

oc. Achern, 22. April. (Korresp.) Die freisinnige Partei beabsichtigt im Bezirke Achern-Bühl eine eigene Kandidatur aufzustellen.

□ Wernsbach, 22. April. (Korresp.) In einer gestern stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei wurde der bisherige Abgeordnete Dr. Gebner wieder als Landtagskandidat für den Wahlkreis Baden-Wernsbach aufgestellt.

Mannheimer Schwurgericht.

Mannheim, 22. April.

Heute wurde die Verhandlung gegen den ehemaligen Bezirksbaukontrollleur von Tauberbischofsheim, den Architekten August Karisch aus Weissenheim, wegen Beleidigung, die am Dienstag behufs kommissarischer Vernehmung weiterer Zeugen abgebrochen worden war, wieder aufgenommen. Als Vertreter der Regierung war der Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Veder zugegen. Der Angeklagte ist beschuldigt, durch eine Broschüre das Ministerium des Innern, die Oberamtswärter Dillmann und Bauer, sowie den Oberbauinspektor Wundt beleidigt zu haben. Der Staatsanwalt (Kraus-Mosbach) ersucht zunächst den Vorsitzenden, festzustellen, daß am ersten Tage nicht, wie in der Broschüre berichtet wurde, Oberamtswärter Dillmann, sondern Oberamtswärter Biegel durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Vorj.: Das war wohl ein Mißverständnis der Zeitungskorrespondenten.

Man fährt sodann in der Zeugniseinvernahme fort. Vorgelesen wird Oberamtswärter Eugen Dillmann, 47 Jahre alt, früher in Vorberg, jetzt in Achern. Die Karischsche Broschüre erschien sechs Jahre nach den Differenzen, die der Zeuge mit dem Angeklagten hatte. Ueber sein Verhältnis zu dem Angeklagten erklärt der Zeuge, es sei anfangs ganz erträglich gewesen. Dann bemerkte ich, daß Karisch den andern Baukontrollleur Hug nicht aufkommen lassen wollte. An dessen Arbeiten hatte er stets etwas anzusetzen. Auch über seine Befugnisse kaufte er sich und er mußte darauf hingewiesen werden, daß er lediglich berufen sei, Gutachten abzugeben, die Entscheidung sei Sache der Baupolizei. — Vorj.: Er behauptet, Sie hätten willkürlich Auflagen erlassen. — Zeuge: Das ist nicht richtig. Ich beziehe mich auf die Akten und das Gutachten des Herrn Oberbauamt Vorj.: Die Auffassung der Baupolizei war korrekt. Er stellt die Sache auf den Kopf. In einem Falle gab er selbst zu Schwierigkeiten Anlaß, weil er einen solchen Situationsplan eingereicht hatte. — Vorj.: Hat jemand, als Sie Ihre Stellung übernahmen, scharf gemacht gegen den Angeklagten? Karisch hat den Oberbauinspektor Wundt dabei im Auge? — Zeuge: Nein; Vorj.: Haben Sie ihn nie und da scharf angepaßt, ihn einen groben, eigenartigen Menschen genannt, und ihm gesagt, er solle ihnen mit seinen verlogenen Geschichten vom Hals bleiben? — Zeuge: Das muß ich mit aller Entschiedenheit bestritten. Ich habe ihn nur wiederholt in seine Schranken zurückgewiesen, weil er durch Widerspruch leicht ausbräule und ungebührig wurde.

Man geht auf die einzelnen Beschuldigungen des Angeklagten ein. In seiner Broschüre behauptet er u. a., er habe bei einem Bau des Landeskommissars Kübi v. Collenberg die eisernen Träger als zu schwach beanstandet. Der Zeuge habe ihn darauf scharf vorgenommen und ihn angezerrt: Die Säuererei muß aufhören, sonst jage ich Sie zum Teufel. Daraus habe sich der Angeklagte bestimmen lassen, eine andere Berechnung zu machen, nach welcher die Träger noch zulässig gewesen seien. Diese zweite Berechnung sei aber nicht richtig gewesen. — Der Zeuge erklärt: Das ist nicht richtig und ich muß es mit aller Entschiedenheit bestritten. — Vorj.: Wenn jemand einem anderen Amtsbereich zum Vorwurf macht, dann darf er nicht selbst in unzulässiger Stellung wesentlich falsche Berechnungen zur Grundlage einer amtlichen Verfügung liefern. — Angekl.: Ich habe unter Druck gehandelt. — Aber zu einem Amtsvorgehen dürfen Sie sich nicht bestimmen lassen.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Angeklagten und dem anderen Kontrollleur, Hug sagt der Zeuge, daß dieses feindselig gewesen sei. Hug habe sich einmal bitter beklagt, wie schlecht er von Karisch behandelt worden sei. — Angekl.: Der Zeuge hat mich am ersten Tage scharf behandelt. (Zu dem Zeugen gewandt:) Sie haben, als ich mich vorstellte, gesagt: Sie sind mir als ein grober, eigenartiger Mensch geschildert worden, aber mit Ihnen werde ich schon fertig. — Zeuge: Nein, das ist nicht wahr. — Verteidiger R.-M. Dr. Spiegel: Können Sie sich nicht erinnern oder wollen Sie sagen, das weiß ich nicht? — Zeuge: Es ist nicht wahr. Wie sollte ich dazu kommen, den Mann, den ich noch nie gesehen hatte, am ersten Tage so zu behandeln. Ich war im Gegenteil bei der Vorstellung sehr liebenswürdig zu ihm. Später habe ich ihn allerdings mitunter scharf angefaßt. Was der Angeklagte heute sagt, besteht lediglich in seiner Phantasie. Der Zeuge bestreitet auch, daß er bei den Differenzen, die sich aus dem Kammbau an einer Kapelle mit Bezug auf den beteiligten Vorrat sich geäußert habe: Dem schwarzen Pfaffen will ich zeigen. Er sei mit dem Pfarrer ganz gut gesanden und habe gar keine Veranlassung zu irgend einer Animosität gehabt. — Staatsanwalt: Die Entscheidung in der Sache hing ja gar nicht vom Amt, sondern vom Kammbaumeister ab. Bei der Vespierung des Falles Gehrig in Apperichhausen, wo der Angeklagte nicht als Bauleiter mit dem Bau zu tun hatte, sondern als Bezirkskontrollleur, ergibt sich, daß auch hier von einer willkürlichen Auflage des Amtes nicht geredet werden kann. — Vorrat W. v. R.: Es ist nur ein einziger Fall dabei, wo der Amtsvorstand anders entschieden hat als nach dem Gutachten des technischen Beraters. Der Angeklagte hat aber auch selbst einmal einen Fehler gemacht, indem er für eine Brandmauer eine größere Stärke vorschrieb, als gesetzlich notwendig

war und das Bezirksamt hat diesen Fehler sanktioniert. Auf die Frage des psychiatrischen Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Stöcker, an den Zeugen, ob er keine Wahrnehmungen gemacht habe, die ihn veranlassen könnten, den Angeklagten für geisteskrank zu halten, erwiderte der Zeuge: Nein, ich halte ihn für geistig gesund. Der folgende Zeuge, Oberamtswärter Bauer (jetzt in Billingen), ist als Nachfolger von Oberamtswärter Dillmann am 8. Februar 1902 nach Vorberg gekommen. Den Angeklagten kannte er schon von Tauberbischofsheim her, wo er ihm dienstlich keinen Anlaß zur Klage gegeben hatte. In Vorberg machte er ihm den Eindruck eines schwer kranken Mannes. So oft er kam, versuchte er die Angelegenheit mit seiner Beschwerde gegen den früheren Amtsvorstand zur Sprache zu bringen, wurde aber damit zunächst nur läßt, dann in schärferer Weise zurückgewiesen. Der Angeklagte hat dem Zeugen den Eindruck der Gehässigkeit gemacht. Ich glaubte mich vor ihm in Acht nehmen zu müssen und rief jedesmal, wenn Karisch kam, um einen Zeugen zu haben, den Praktikanten (jetzigen Rechtsanwalt) Keller ins Bureau. Zwischen den beiden Kontrollleuren herrschte wegen der privaten Konkurrenzverhältnisse eine Spannung. Karisch stellte an die von Hug verfertigten Pläne, Hug umgekehrt an die Karischsche scharfe Bedingungen. Im Fall eines gewissen Hochtrabts in Schweigern, stellte sich heraus, daß Karisch dem Ranne gegenüber hatte, keine Beschwerde zu erheben, sondern die Auflage einfach nicht zu erfüllen und so eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Karisch gab das auch zu und ich machte ihn deshalb scharf vorhalt. Im Bezirk wurde übrigens allgemein geklagt über Karisch's selbstherrliches Auftreten und Wesen, und der Bezirksrat entschloß sich selbst heraus, ihn zu entlassen. Mit Rücksicht auf seine leidende Gesundheit versuchte ich ihn zu bewegen, freiwillig zurückzutreten, er lehnte aber wegen seiner Beschwerde ab. — Vorj.: Im Bezirk Tauberbischofsheim behält er aber noch sein Amt? — Zeuge: Ja. — Vorj.: Das war doch eine Zwitterstellung. In einem Bezirk konnte er noch tätig sein und in dem andern fand man ihn nicht genügend. — Zeuge: Was seine technischen Kenntnisse anbelangt, so waren diese für einen Bezirksbaukontrollleur vollständig genügend. Die Gründe, weshalb er vorläufig im Bezirksamt Tauberbischofsheim noch weiter im Amt blieb, blieben dem Publikum allerdings verborgen. — Vorj.: Haben Sie es nicht als hart empfunden, den Angeklagten, der doch immens schon ein älterer Mann ist, um sein Brot zu bringen? — Zeuge: Gewiß, ich habe mich ja auch noch seinen Vermögensverhältnissen erkundigt. Ich habe mich Anlaß erhalten, daß er in ganz günstigen Vermögensverhältnissen lebe und daß er ein Haus besitze. Außerdem war er in der Lage, seinen Beruf als Prinsarchitekt fortzusetzen. — Vorj.: Haben Sie nicht bedacht, daß seine Entlassung auch auf seine Privat-tätigkeit von Einfluß sein könnte? — Zeuge: Gewiß, nicht; wenige Leute nehmen gerade deshalb den Bezirksbaukontrollleur als Architekten, weil sie von ihm größere Rücksicht erwarten. — Vert.: Der Angeklagte war damals nach Ihrer Ansicht ein schwer leidender Mann. Hat auch das für Sie keinen Grund abgegeben, von seiner Entlassung abzusehen? — Zeuge: Die amtlichen Interessen und die rein menschlichen Rücksichten wurden von mir gegeneinander abgemogen und ich kam zu dem Resultat, daß Karisch entlassen werden muß. — Auf die weitere Frage des Verteidigers, ob es auch ohne die Anwesenheit des Ministeriums in der Richtung der Entlassung zu dieser gekommen wäre, erwidert der Zeuge: Das kann ich nicht ruhigem Gewissen bejahen. Die Verhältnisse konnten so nicht weiter gehen. — Vorj.: Der Angeklagte sagt er habe teilweise den Eindruck gehabt, Sie wollten ihn reizen damit er sich zu Vorurteilen hinreißen lasse, die Sie wieder gegen ihn verwerten könnten. — Zeuge: Das ist ganz unrichtig. Es ist einer der schwersten Vorwürfe, die einem Beamten überhaupt gemacht werden können. Der Zeuge äußert sich allbald zu der Vorlagegeschichte. Er habe geglaubt, daß die Portionforderungen des Angeklagten nicht berechtigt seien. Auch seinem Nachfolger Herrld, der in Weibheim wohne, werde kein Anspruch auf Portionstag zugestanden. Daß er den Rückfall an den Angeklagten als Beitrag oder Diebstahl gekennzeichnet habe, ist unrichtig. — Im Falle Hochtrabts-Schweigern macht der Angeklagte dem Zeugen zum Vorwurf, er habe bei der Abfassung eines Protokolls über diese Angelegenheit den Praktikanten Keller, der es schrieb, angewiesen, Raum freizulassen und dann den Raum zu einer Erklärung verwendet, die er niemals abgegeben habe. Demgegenüber erklärt der Zeuge, er könne Wort für Wort auf seinen Eid nehmen, daß das, was das Protokoll behauptet, auch inhaltlich wahr ist. Der folgende Zeuge ist Heinrich Hug, der zweite Bezirksbaukontrollleur von Vorberg. Er sagt, er sei sehr schlecht mit Karisch ausgekommen. Karisch habe in ihm eine Konkurrenz bezüglich Konjunkturfeststellung erblickt. Seine (des Zeugen) Pläne seien sehr häufig beanstandet, und oft 5, 6mal zurückgeschickt worden. Er seinerseits habe Pläne des Angeklagten nur sachlich behandelt. Im dienstlichen Verkehr sah ihn Karisch als Null behandelt. — Rechtsanwalt Keller-Weibheim, der jetzt als Praktikant am dem Bezirksamt tätig war, bekundet, er sei vom Oberamtswärter Bauer erjucht worden, jedesmal bei den Unterredungen mit dem Angeklagten zu sein und zwar deswegen, weil der Angeklagte eventuell die Tatsachen später verdrehen könnte. Der Zeuge erklärt die Darstellung des Angeklagten bezüglich des Protokolls in der Sache Hochtrabts als unrichtig. Selbst wenn später in eine freigelegene Stelle geschrieben worden sei, habe das jedenfalls der Erklärung des Angeklagten entsprochen. — Der Zeuge Landgerichtsrat Brucher in Mosbach, welcher die Voruntersuchung gegen Karisch führte und auch Besitzer der Strafkammerführung in Mosbach war, in welcher der Angeklagte wegen Beleidigung des Oberamtswärter Dillmann zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt wurde, sagt, er habe sich in der Voruntersuchung bezüglich abgemittelt, den Angeklagten zu überzeugen, daß sein Vorwurfs nicht berechtigt seien. Er habe dem Angeklagten auch Kenntnis von den Spezialakten gegeben, und ihn zu überzeugen gesucht, daß das Ministerium in eine sachliche Prüfung seiner Beschwerde eingetreten sei. Auf seine Frage, ob er nach dem Gebot nun noch immer des Glaubens sei, das Ministerium sei über seine Beschwerden hinweggegangen, gab er keine Erklärung. Ich hatte den Eindruck, sagt der Zeuge, daß er eine Erklärung nicht abgeben wollte, um nicht zugeben zu müssen, daß er unrecht hatte. Ich habe den Eindruck bekommen, daß der Zeuge sehr hartnäckig ist, daß er nicht lud läßt. — Auf eine Frage der Verteidigung erwidert der Zeuge, daß alle von früheren Vorgelagten über den Angeklagten eingeholten Auskünfte günstig lauteten. Nur eine Auskunft habe die keine Einschränkung gezeigt, er sei leicht reizbar. Der Vorwurf der Vorspielerziehung habe sich als sachlich unbegründet herausgestellt.

Die Zeugen Geh. Regierungsrat Biegel in Tauberbischofsheim und Oberamtswärter Strauß in Donauwörth sind kommissarisch einvernommen worden. Ihre Aussagen werden verlesen.

Geh. Regierungsrat Biegel erklärt: Der Angeklagte ist der Gatte meiner Frau, doch bestand zwischen mir und ihm nur dienst-

habe Verlede. Mit seinen Leistungen war ich zufrieden und sah daher keinen Anlaß, ihn zu entlassen, als er in Borberg entlassen wurde. Ich habe den Angeklagten nicht genannt, seine Besondere nicht durchzuführen. Selbst wenn er Recht habe, dürfte er nicht recht bekommen. Mit seinem Vorgaben gegen Dillmann werde er nicht erwidern; es ist auch möglich, daß ich auch gesagt habe, eine Kränke habe der anderen die Augen nicht aus. Ich führte diese Kränke vertraulichen Unterredungen mit ihm lediglich wegen der Verwandtschaft mit meiner Frau und verlegte sie zuletzt deshalb auch auf mein Privatbureau. Ich beziehe, dem Angeklagten gesagt zu haben, das Ministerium sei bereit, Dillmann fallen zu lassen, wenn er die Angriffe gegen Bauer einstelle. Es ist möglich, daß der Angeklagte, den ich zu trösten suchte, mich mißverstand.

Oberamtmann Strauß - Donauschingen, der als Ministerialreferent für Baupolizei die Beschwerde des Angeklagten gegen Oberamtmann Dillmann behandelte, behauptet, daß der Angeklagte eine falsche Meinung von seiner Stellung beim Bezirksamt gehabt habe. Er habe geklagt, daß das Bezirksamt sich an das Gutachten der Bauaufsicht zu halten habe, während doch die Verurteilung dieses Gutachtens dem freien Ermessen des Bauvorstandes überlassen sei. Der Zeuge bekennt, daß er den Angeklagten aufgefodert habe, seine Beschwerde zurückzugeben, er fügte nichts hinzu. Das Schicksal solcher Beschwerden liegt ja nicht bei ihm, sondern beim Minister. Er habe nur durch wohlgemeinten Rat den Angeklagten, mit dem er Rührung gehabt habe, von seiner Vereinnahmung abzubringen versucht. Die Akten seien nicht nur baupolizeilich genau nachgesehen worden, sondern der Bauamt Zeuge habe auch ein ausführliches technisches Gutachten erhalten, in dem er alle Befundpunkte des Angeklagten als ungenügend bezeichnete. Schließlich habe eine Plenarsitzung des Ministeriums sich mit dem Fall befaßt. Nach seinem Dafürhalten sei die ganze Angelegenheit mit dem größten Maß von Gründlichkeit und Objektivität im Ministerium behandelt worden. Das Ministerium sei lediglich von dem Bestreben geleitet gewesen, das Rechte zu finden.

Weiter werden bezüglich der Bericht des Landeskommissars, durch den die Entlassung Karichs beantragt wurde, und das Urteil der Strafkammer nachgehört. Nach einer Mittagspause erhaltet

Ministerialrat Dr. Stöcker (Zauberhofsheim) ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten. In längeren Ausführungen gibt der Experte zunächst ein Bild des Querschnitts an. Dieses Bild treffe auf den Angeklagten nicht zu. Während der ihm gemachten Vorwürfe habe er nicht ganz fest. Zum Beispiel die Vorkaufverurteilung. Auch bezüglich der Vorwürfe könne man verschiedene Ansätze sein. In der Schwabhauser Schuldangelegenheit sei der Angeklagte der Bauaufsicht zum Opfer gefallen. In dem Bild des Querschnitts komme auch nicht, daß der Angeklagte eine gewisse außergerichtliche Einigung erzwänge und daß er von den Richtern in Rosbach nur mit großer Hochachtung sprach. Seine Schriftsätze seien nicht unklar und verwirrt und von einer Verwirrungsart könne man bei ihm nicht reden. Er sei ein ehrlicher und fleißiger Geschäftsmann, der seinem Beruf nachzugehen und Geld zu verdienen wolle, wo er es verdienen könne. Ein ehrlicher Querschnitt wäre schließlich im Laufe der zehn Jahre, seit der Fall Karich im Gange sei, längst untunlich geworden, während der Angeklagte heute viel ruhiger sei, als er zu Anfang seiner Affäre gewesen zu sein scheint. Er gebe also sein Gutachten dahin ab: Der Angeklagte befand sich zur Zeit der Tat nicht in einem Zustand von Verwirrtheit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.

Auf Betragen des Verteidigers gab der Sachverständige noch an, daß er eine Meinung zur Unwahrscheinlichkeit bei dem Angeklagten nicht noch angenommen habe. Die Bemerkung des Geh. Rat Stöcker: „Wenn er auch recht habe, könne er doch nicht recht bekommen, eine Kränke habe der anderen die Augen nicht aus“, wobei er ironisierte, daß als die beiden Richter die selben Oberamtmänner von Borberg und Zauberhofsheim gemeint seien, könne wohl auf die weiteren Schritte des Angeklagten von Einfluß gewesen sein.

Die die Strafkasse anweist, ist der Angeklagte noch nicht befreit.

Der Staatsanwalt begründete in 17.ündiger Rede die Anklage. Er erzählte den Geschworenen die Geschichte vom Michael Kohlhaas, jenem Fanatiker des Rechtsbegriffs, der Kutsche und Krieg entzündete, um zu seinem Rechte zu gelangen, und der schließlich, als er gefesselt, eingekerkert, daß er selbst Recht und Gerechtigkeit habe und aufrechten Hauptes zum Schaffot geschritten sei. Kohlhaas habe sein Unrecht eingesehen, aber der Angeklagte sehe es nicht ein. Der Angeklagte sei ein in seinem Beruf tüchtiger Mann, der nur an einer Ueberhöhung seiner eigenen Persönlichkeit leide. Der Staatsanwalt ging dann die einzelnen Punkte der Anklage noch einmal durch. Als besonders schwer bezeichnete er den in der Angelegenheit des Landeskommissars gegen den Oberamtmann Dillmann gerichteten Vorwurf, als ob dieser dem Landeskommissar eine Ausnahmestellung gegönnt habe. Die Verjährung mit dem Protokolle könne man nur auf einen Justizwähler anwenden. Der Staatsanwalt schloß mit dem Antrag, den Angeklagten in dem Fall Karich der einfachen, in allen übrigen Fällen der verurteilenden Verurteilung schuldig zu erklären, indem er der Ueberzeugung Worte verleihe, daß die Strafe bei dem Angeklagten eine Verringerung seiner Gesinnung doch nicht herbeiführen würde.

Rechtsanwalt Dr. Siegel, der Verteidiger des Angeklagten, meint, der Vergleich des Angeklagten mit Michael Kohlhaas könne nicht, denn dieser sei zu seinem Recht gekommen, der Angeklagte aber habe mehr verloren als ein Paar Ruppen. Nicht in einem Reittatler des Despotismus, sondern in anderer konstitutionellen Gegenwart habe der Angeklagte sein Amt verloren und nicht wieder bekommen, obwohl er nicht das Neueste versucht hätte, sondern im Wege des Rechts sich bemüht hätte, wieder zu dem Seinen zu kommen. Der Verteidiger warf alsdann einen Rückblick auf den Lebens- und Bildungsgang des Angeklagten, der jederzeit ein fleißiger charaktervoller Mann gewesen sei. Zwischen dem zum Teil akademisch gebildeten Techniker und dem bloßen Praktiker Hug habe ein Gegenplatz bestanden, der zu Unzufriedenheiten führte. Der Verteidiger behauptete dann die einzelnen Punkte vom Standpunkt seines Klienten aus, den er als den Richter für Arme und Schwache, als den Mann mit ethischen Grundzügen feierte, der seine Charakterstärke bewiesen habe, indem er auch bei dem Landeskommissar seine Ausnahme habe gelten lassen wollen, als ein Meister von Wahrhaftigkeit. Die Inaktivität des Oberamtmanns Dillmann, obwohl sie von diesem bestritten würden, müßten gefallen sein, so ungenügend sie der Angeklagte an. Karich habe nichts wider besseres Wissen behauptet. Er war von seinem Recht felsenfest überzeugt. In der Broschüre schrieb er die Geschichte seines Lebens. Es sei seine Schicksalsgeschichte, die Sensation mache; sollte. Der Angeklagte konstatierte in ihr nur Tathatsachen. Der Angeklagte behandelte in Wahrheit berechtigter Interessen, er wollte seine Ehre wieder haben. „Der Güter höchstes darf man noch verteidigen.“ Der Verteidiger schloß mit dem Antrage, sämtliche Schuldfragen zu verneinen.

Gegen 9 Uhr abends sahen sich die Geschworenen zurück, um erst nach einer Stunde den Saal wieder zu betreten.

Sämtliche Schuldfragen wurden verneint und der Angeklagte darauf freigesprochen.

Ein sensationeller Nordprozess.

oc. Konstantin, 22. April.

Heute vormittag 9 Uhr begann vor dem hiesigen Schwurgericht in Anwesenheit des Oberstaatsanwaltes Duffner die Verhandlung gegen den 39 Jahre alten Landwirt Eduard Götz von Stodach wegen zweifachen Mordes. Laut Eröffnungsbeschlusses ist der Angeklagte, der sich seit 4. Juli 1908 in Untersuchungshaft befindet, beschuldigt, in zwei selbständigen u. jeweils vorfälligen Handlungen 2 Menschen getötet zu haben und zwar am Sonntag, 29. März vormittags seinen Vater durch Schläge auf den Kopf und am 4. Juli seine Ehefrau Rosa geb. Häußler durch Schläge auf den Kopf und Ertränken in der Winterspürraach. Von allem will der Angeklagte nichts wissen, er sei unschuldig verhaftet worden. Sein Auftreten ist schroff und selbstbewußt. Götz hat sich 1897 verheiratet und in diesem Jahre das väterliche Anwesen mit nicht unwesentlichen Schulden übernommen. Dem Vater war er allein 1200 M. schuldig. Nach seinen Aussagen hat sich die Frau des Angeklagten mit dem Schwiegervater nie vertragen. 1903 verklagte der Vater den Sohn, da dieser die Vertragsbedingungen bei Uebernahme des Anwesens in seiner Weise erfüllte. Wie Götz weiter auslegte, wurde der Vater von der Frau des öftern schwer mißhandelt.

Am 29. März, dem Tage der Tat, habe der Angeklagte in dem Zimmer des Vaters Rauch bemerkt. Er, Götz, sei damals zu Hause gewesen und habe um 12 Uhr durch seinen Jungen dem Vater das Mittagessen bringen lassen. Ersterer sei befrüht mit der Bemerkung herunter gekommen, der Großvater liege am Boden, unter seinem Kopf läge Blut herbor. Ich, so erzählt der Angeklagte, ging um nachzusehen und fand den Vater in einer Blutlache liegend, um den Kopf herum lagen Holzscheite, die ich beseitigte. Meine Frau ist auf das Rufen nicht heraufgekommen. Die Leiche wurde dann von Nachbarknechten beseitigt. Der Leichenschauer stellte Schlagfluß fest. Der Staatsanwalt stellte mangels genügender Beweise das eingeleitete Untersuchungsverfahren ein. Auf die Frage eines Geschworenen, welcher Art die Streitigkeiten des Angeklagten mit seinem Vater waren, erklärte dieser, daß er einmal geäußert habe: „So en alte Sack sollt man loschlagen!“

Was die zweite Tat betrifft, so teilte Götz folgendes mit: Am 3. Juli habe er auf dem Felde beim Heuanladen seiner Frau Vorwürfe wegen der Erziehung der Kinder gemacht. Abends um halb 8 Uhr sei er mit den Kindern nach Hause. Da die Frau jedoch längere Zeit nicht zurückkehrte, habe er nach ihr gesucht, sie jedoch nicht gefunden. Er habe sich dann zu Bett gelegt und sei dann wieder am anderen Morgen auf das Feld gegangen, um nach der Frau zu sehen. Er habe sie denn auch in der Winterspürraach als Leiche entdeckt. Ueber den damaligen Zustand der Leiche mußte aus dem Angeklagten alles herausgepreßt werden. Am Kopfe zeigte sich eine Kränke Wunde. Der Kopf war mit einer Schnur zusammen gebunden und mit Steinen gefüllt. Ein Seil war um den Hals geschlungen.

In der Nachmittags Sitzung wurde mit der Zeugeneinbernahme begonnen. Bis 7 Uhr abends hatten sich etwa 30 Zeugen geäußert. Unter denselben befinden sich zahlreiche Verwandten, die alle dem Punkte übereinstimmen, daß das gegenseitige Familienverhältnis kein gutes war.

Aus Stadt und Land.

\* Mannheim, 20. April 1909.

Preisanschreiben für ein Denkmal weiland Großherzog Friedrich I. von Baden in Mannheim. Der Vorstand des geschichtsfördernden Komitees für die Errichtung eines Großherzog Friedrich I. Denkmals in Mannheim, Herr Oberbürgermeister Martin, bringt nun das I. M. beschlossene Preisanschreiben für das Denkmal zur Veröffentlichung. Das Denkmal soll am Abhang des Friedhofes gegenüber dem Bahnhofsgebäude und mit der Front nach diesem gerichtet, zu Auffassung finden, daß die normale höhere Vertheilung von dem halbfreisitzigen Teile des Platzes aus stattfindet, das Denkmal selbst aber auf das Niveau der dahinter liegenden Straße vor die Mitte der Augustus-Platz zu setzen. Angelegenheit zur Preisbewerbung sind alle s. B. des Kreisbüros im Großherzogtum Baden ausschließen oder als Baden geborenen Bildhauer und Architekten, an deren Fall Rechte Prof. Dr. Bruno Schmitz in Charlottenburg besonders eingeladen werden. Die für die Bearbeitung des Projekts erforderlichen Unterlagen sind von dem Sekretariat des Oberbürgermeisters gegen Erstattung des Betrags von 3 Mk. erhältlich. Das Preisgericht besteht aus folgenden Herren: A. Willinger, Bildhauer Prof. Maxe Lohrlein, Bildhauer Prof. Diez Dresden, Architekt Prof. Dillier Dresden, Architekt Prof. Dr. Gabriel von Seidl - München, Maler Otto Propphe - Mannheim; B. Gefasmaner, Bildhauer Prof. Vol. Hoffmann - Berlin, Bildhauer Prof. D. und L. Berlin und Architekt H. H. - München. Im Preis von 5000 Mk. und ein dritter Preis von 2000 Mk. Die Kosten des Denkmals belaufen sich auf 300 000 Mk. Wir werden das Preisanschreiben im Interimsteil unserer heutigen Kreisblätter veröffentlichen.

Schiffszusammenstoß. Gestern mittag wurde an der Redoute der Seldendampfer „Franz Daniel Nr. 8“ von dem Hafenklopper „Mathias Stinnes Nr. 10“ angefahren. „Daniel“ sank infolge der ersten Ladung. Der vordere Teil des Schiffes liegt an Land, während der hintere im Flußbett aufliegt. Der Dampfer dürfte im Laufe des heutigen Tages ausgewatet und gehoben werden. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Prozess Steinhilf.

\* Paris, 23. April. Der Prozess Steinhilf soll erst im Oktober nach den großen Ferien vor das Schwurgericht kommen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Rüderers „Wollentuchdrehen“ in Berlin verboten.

Berlin, 23. April. In den Rammerspielen des Deutschen Theaters ist die Aufführung von Rüderers „Wollentuchdrehen“ vom Polizeipräsidium aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden. Die Polizei hat sich zu diesem Schritt entschlossen, weil laut Bauschein höchstens 25 Personen zu gleicher Zeit sich auf der Bühne aufhalten dürfen. Im „Wollentuchdrehen“ wurden aber zeitweise über 40 Personen auf der Bühne mit. Die Direktion des Deutschen Theaters hat gestern nachmittag dem Polizeipräsidium auf telephonischem Wege um Dispens gebeten und hofft, daß das Verbot noch in letzter Stunde zurückgezogen wird. Die Direktion hat darauf

aufmerksam gemacht, daß in „Lysistrata“ 60 Personen auftraten. Wahrscheinlich ist das Polizeipräsidium ängstlich geworden, weil jüngst in der Hegenhofsstraße im Deutschen Theater Feuer entbrannt ist.

Der Zusammenbruch der alttürkischen Regierung.

Verständigung zwischen Regierung und Jungtürken.

London, 23. April. Meldungen des „Daily Telegraph“ aus Saloniki besagen, daß die Regierung mit den Jungtürken zu einer Verständigung gelangt sei und zwar unter folgenden Bedingungen:

Das in Konstantinopel stehende 1. Armeekorps wird aufgelöst und die Garde des kaiserlichen Palastes durch eine Division des 3. Korps ersetzt. Der Belagerungszustand bleibt bis auf weiteres bestehen. Der Korrespondent des „Daily Mail“ in Konstantinopel meldet, daß der Sultan in vollständiger Zurückgezogenheit lebe. Er erklärt, daß er nichts gegen die jungtürkische Bewegung habe, er sympathisiere vielmehr mit ihr und sei bereit, dies dadurch zu beweisen, daß er sich künftighin mit einem Bataillon im Yıldiz zufriedig geben werde.

Militärdiktatur als Lösung der Krise.

Berlin, 23. April. Aus Saloniki wird gemeldet: Die Abreise des Marschalls Scheftel Pascha und Mahmud Paschas zur jungtürkischen Operationsarmee ist erfolgt, weil man dort mit einem bewaffneten Widerstand rechnete und die beiden Führer dann das Kommando übernehmen werden. Nach Proklamierung des Belagerungszustandes werden die wieder dort anwesenden Abgeordneten zusammengetreten, und ein neues Gesetz über die Presse, ein Vereinsgesetz und ein Gesetz über die Polizeigewalt ausgearbeitet. Als Befehlshaber soll eine Division des Saloniker Armeekorps nach Konstantinopel verlegt werden. Man glaubt nicht an einen ersten Widerstand der Gardebataillone, ist aber wegen der Unruhe in Anatolien sehr besorgt, durch welche die Lage der neuen Regierung erschwert werden könnte. Die schließliche Lösung der ganzen Krise wird wahrscheinlich in einer allgemeinen Militärdiktatur bestehen. Das Komitee wird sich aber diesmal nicht mit Halbheiten begnügen.

Die türkische Nationalversammlung.

Konstantinopel, 22. April. Kammer und Senat hielten eine gemeinsame Sitzung im Hause des Justizflusses in San Stefano ab. Die Parlamentarische war von Freiwilligen der mazedonischen Armee gebildet, unter welchem sich der bekannte bulgarische Vorkämpfer Panjha befand. Den Vorsitz führte Senatspräsident Said Pascha. Auch der frühere Kammerpräsident Achmed Nizis war anwesend; er wurde lebhaft begrüßt. Unter den Deputierten und dem zahlreichem Publikum, das sich im Garten des Klubhauses aufhielt, herrschte lebhafteste Bewegung. Es wurde in geheimer Sitzung beschlossen, das Vorgehen der mazedonischen Armee zu legalisieren, sowie den von der Armee erlassenen beiden Proklamationen zuzustimmen. Um 8 Uhr abends dauerte die Sitzung noch fort; es werden entscheidende Auseinandersetzungen erwartet.

Konstantinopel, 22. April. In der heutigen gemeinsamen Sitzung, an welcher 19 Senatoren und 19 Deputierte teilnahmen, fand auch ein Antrag auf Absetzung des Sultans zur Beratung, gegen welchen Mustafa Pascha sprach. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß das Parlament, das sich als Nationalversammlung konstituierte, eine Proklamation zu erlassen, in der erklärt wird, daß das Vorgehen der Belagerungsarmee den Wünschen der Nation entspricht. Ueberhaupt sei dieser Armee gegenüber zum Gehorsam verpflichtet, ein Widerstand gegen sie werde zu Recht bestraft werden. Die Nationalversammlung erklärte sich in Veranlassung, Soban legte der während der Unruhen gewählte Präsident Mustafa seine Würde zu Gunsten des früheren Präsidenten Ahmed Nizis ab.

Die Kammer beschließt, den Sultan abzusetzen.

Konstantinopel, 22. April. Die Absetzung des Sultans wurde in geheimer, bis Abends ansonsten Sitzung offen diskutiert. Die Veramendung gab mit 150 Stimmen ihrer unerschütterlichen Meinung Ausdruck, daß die Interessen des Vaterlandes die Absetzung des Sultans gebieterisch erfordern werde. Einige Abgeordnete, welche der gleichen Ansicht waren, unter ihnen Oberst Mustafa Pascha, der früherer Oberkommissar in Egypten, warnten vor Ueberstürzungen, da schwere Erschütterungen und Interventionen möglich seien. Der historische Akt der vereinigten Kammern insinuiert keinen direkten Beschluß, sondern ist nur ein Moment, das schwer in die Waagschale fallen wird. Die Absetzung des Sultans kann legal nur durch ein Fetwa des Scheich el Islam geschehen, dieses Fetwa ist jedoch bereit und wird zugleich mit der Proklamation Reschads zum Sultan am Samstag verfaßt werden.

Das Schicksal Abdul Hamids.

Konstantinopel, 22. April. Gerüchweise verlautet, Großwesir Tewfik Pascha werde am Sonnabend demissionieren. Die Situation scheint für den Sultan kritisch; seine Zukunft ist sehr unsicher. Alle Eventualitäten sind besprechbar. — Andererseits ist zu konstatieren, daß der Sultan in der Masse der Bevölkerung noch großen Anhang besitzt, besonders in den niederen Klassen. Während ein großer Teil der öffentlichen Meinung den Sultan als den Urheber des Aufstandes vom Dienstag voriger Woche und seinen intimen Berater, den Eunuchen Hadrir, sowie Burhan Eddin, als die Vermittler betrachtet, wird dies von einem anderen Teil bestritten. Dieser sieht verschiedene Gegenbeweise an und laßt den Verdacht auf andere Personen. Diese Stimmung scheint bisher gut geleitet zu sein und auch Wirkungen zu äußern. Es verlautet, daß der Senatspräsident Said Pascha während der Krise der letzten Tage dem Yıldiz gegenüber eine hervorragende Rolle gespielt habe. Künftig herrscht Ruhe. Seit der Proklamation der mazedonischen Armee aber nimmt die Flucht der kompromittierten Personen aus Konstantinopel ständig zu; unter den Flüchtlingen befinden sich auch einzelne Soldaten. Man befürchtet eben ein strenges Strafgericht und die ängstliche Bevölkerung ein Blutbad.

Die Bedingungen der Kammerarmee.

Konstantinopel, 23. April. Der Ministerat berathschlagt über die nachstehenden Bedingungen der Kammerarmee: 1. Alle an den letzten Vorkämpfen Schuldigen werden bestraft. 2. Die Konstantinopeler Garnison wird in ihrem überwiegenden Teile entlassen.

3. Drei Salonier Jägerbataillone werden wegen ihrer verräterischen Haltung entwaffnet und ausgeliefert; die Mannschaften werden beim Kaufmann in Mazedonien beschäftigt.

4. Ueber Konstantinopel wird der Belagerungszustand verhängt. 5. Die Leibgarde des Sultans, die Mibizgarnison und andere Teile der Sultansumgebung werden angeschlossen.

6. Ein dem Parlament genehmigtes Kabinett wird ernannt. Bei der Erfüllung dieser Bedingungen sollen die Truppen nicht in die Stadt einzücken, werden aber marschbereit bleiben.

Konstantinopel, 23. April. Das Salonier Korpskommando rechtfertigt in einer Note an die dortigen Konsulate das Vorgehen des Korps zur Herstellung der Ruhe und erklärt, alle Bedingungen bis auf die militärischen Punkte, welche noch geprüft werden, als angenommen. Wenn die Antwort nicht in 24 Stunden gegeben werde, erlangt das Salonier Korps Aktionsfreiheit und macht die Urheber der Ereignisse für die Folgen verantwortlich. Kleinasiatische Garnisonen für den Sultan.

London, 23. April. Einem Telegramm aus Erzerum zufolge nahmen die dortigen Truppen nunmehr Partei für den Sultan und beobachteten dem Komitee gegenüber eine entschiedene ablehnende Haltung. Auch die Stimmung in andern kleinasiatischen Garnisonen soll die gleiche sein.

M.E. Magdeburg, 23. April. Die Magdeburgerische Ztg. drückt aus London: Der Sultan hat sich tatsächlich an die Mächte gewendet und sie um ihre Vermittlung zwischen ihm und den Jungtürken ersucht. Die Mächte lehnten jedoch jede Vermittlung ab und trafen nur Vorsorge dafür, daß das Leben des Sultans unter allen Umständen gesichert wurde. England ließ den Jungtürken mitteilen, daß eine Ermordung des Sultans in ganz Europa den schlimmsten Eindruck machen und der jungtürkischen Sache großen Schaden bringen würde. Das jungtürkische Komitee gab darauf beruhigende Zusicherungen ab.

M.E. Petersburg, 23. April. Popuchin, der frühere Chef der Geheimpolizei, hat alle seine Geschäfte widerrufen. Infolgedessen wird der bevorstehende Prozeß mindestens 4 Wochen währen.

Konstantinopel, 23. April. Von unserm Privatkorrespondenten: Sämtliche Prinzen und Prinzessinnen verziehen vornehmlich in aller Heimlichkeit den Jids. Prinz Mehmed Burhan Eddin Effendi, der Neulingsohn des Sultans, der an den letzten Vorfällen nicht unbeteiligt sein soll, wurde mit seinen Schwägern in den Palast gebracht. Er soll von da auf ein Schiff geflüchtet sein.

Ein Niefensandal.

Newyork, 23. April. Der Bagwarenschmuggel macht sich zu einem Niefensandal aus. Die Regierung ist angeblich um 15 bis 20 Millionen Dollars jährlich geschädigt.

Der serbische Kronprinz in Petersburg.

M.E. Petersburg, 23. April. Der frühere serbische Kronprinz Georg ist in Petersburg eingetroffen. Kronprinz Georg soll einer Einladung des Zaren. Sein Besuch wird politisch lebhaft kommentiert.

Berlin, 23. April. In dem märkischen Städtchen Strausberg ist ein Kommunalkonflikt ausgebrochen. Um die Neuaustragung des Bürgermeisterspostens zu verhindern, hat die Hälfte der Stadtverordneten, die den jetzigen Bürgermeister in seinem Amt erhalten möchten, ihr Mandat niedergelegt.

Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 23. April. Der 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist auf den 18. Juni und die folgenden Tage nach Köln einberufen. Der Kongreß wird in den Räumen des Stadt. Gürzenich abgehalten.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 23. April. Der Seniorenkongreß des Reichstags wird heute nochmals zusammentreten. Die Finanzkommission hat den Bund der geäußert, ihr zwei Tage in der Woche hintereinander für ihre Arbeiten freizugeben, am besten Mittwoch und Donnerstag, während der Seniorenkongreß ihr Dienstag und Donnerstag freigegeben wolle. Die Kommission will an den ihr freigegebenen Tagen von 10 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags mit einer kleinen Mittagspause tagen. An den übrigen Tagen mit Ausnahme des Montags täglich 4 Stunden, jedoch für die Woche 24 Arbeitsstunden zur Verfügung hat. Die Kommission glaubt unter diesen Umständen ihre Arbeiten bis zum Schluß der zweiten Kammer beenden zu können. Für den Fall, daß der Bundesrat dem Reichstag für die Licht- und Interatensteuern und die Nachlasssteuer Erstattungen erwirft, müssen diese Entwürfe erst im Plenum beraten werden, ehe sie der Kommission überwiesen werden. Im günstigsten Fall könnten die Erstattungs-Entwürfe dem Reichstag Anfang Mai zugehen, sie würden der Finanzkommission kaum vor Mitte Mai zur Beschlußfassung vorgelegt werden können.

Aus Messina.

Berlin, 23. April. Aus Messina wird gemeldet: Bis jetzt sind etwa 25 000 Leichen geborgen. Nach oberflächlicher Schätzung befinden sich noch 45 000 Leichen unter den Schuttmaffen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 23. April 1909.

Mit der Reichsfinanzreform, dem aktuellsten innenpolitischen Thema, wird sich heute Abend eine vom Nationalliberalen Verein Mannheim einberufene öffentliche Versammlung beschäftigen. Als Redner wurde Herr Dr. Edwin Baden-Raden gewonnen. Es ist sehr erfreulich, daß der Nationalliberale Verein der liberalen gesamten Bürgerschaft Mannheims Gelegenheit gibt, zu der wichtigsten Frage der Reichsfinanzreform in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu nehmen. Man darf deshalb wohl auch die Erwartung hegen, daß heute Abend der Ballhausaal einen so starken Besuch aufweisen wird, daß man morgen von einem einmündigen Verkauf der Versammlung sprechen kann. Kein liberaler Mann darf heute Abend fehlen! Vor allem gilt dies für die Mitglieder des Nationalliberalen, Jungliberalen und Liberalen Arbeitervereins. Der Beginn der Versammlung ist auf halb 9 Uhr festgesetzt.

Bezirksrat. Die Tagesordnung der Sitzung am 22. April wurde wie folgt erledigt: Genehmigt wurden folgende Gesuche um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinschank: des Michael Linnebach, Schwegingerstr. 26, der Wilhelmine Rremer, J. 1, 9/10, des Frz. Koll auf dem

Dampfer „Mannheimia“, des Karl Kümmerer, K 3, 11, des Christ. Rau, Langstraße 78; das Gesuch um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank des Mich. Waldenre, Sedenheimerstr. 48; die Gesuche um Erlaubnis zum Ausschank von Sodawasser und Limonade des Jakob Schweizer im Verkaufshaus bei der Sternwarte und der Fa. Feldmann u. Schneider in den Triebhallen am Neßplatz und an der Stephanienpromenade; folgende Gesuche um Erlaubnis zum Betrieb einer Gastwirtschaft, der Marg. Eiselein, H 7, 26; der Marg. Wezel, F 4, 8/9, der Ed. Probst, Gemeinde G. B. Sedenheimerstraße 11, 11a und 13, des Konrad Morlok, Hotel Viktoria O 6, 7; das Gesuch des Peter Kempf um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum goldenen Schiff“, J 2, 21; folgende Gesuche um Erlaubnis zur Verlegung der Schankwirtschaft ohne Branntweinschank: des Wilhelm Fein von J 7, 3 nach G 7, 30 (mit Branntwein) (genehmigt ohne Branntwein), des Georg Schmitt von Eichelheimerstraße 20 nach Eichelheimerstraße 22, des Ludwig Gräf von Holzstraße 7 nach Langstraße 68. — Abgelehnt wurde das Gesuch des Emil Schuler um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinschank, Nießelstraße 5. — Abgelehnt wurden: das Gesuch des Edward Ehrbrecht um Erlaubnis zum Betrieb einer Gastwirtschaft Bürgermeister Fuchstraße 73 und Gartenfeldstraße 49; das Gesuch des Paul Klingler um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaft mit Branntweinschank von Jungbuscher. 10 nach H 6, 1; das Gesuch des Peter v. Venroy um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank, Wilhelmstraße 25 in Weinau.

In der gestrigen Stadtratssitzung wurde, wie wir hören, auch die Angelegenheit Eisenlocher behandelt. Es soll nunmehr nächsten Montag eine öffentliche Bürgerausschussung stattfinden zur Beschlußfassung in dieser Frage.

Verkehrsverein. Es wird auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß heute Abend im Hotel National um 8 Uhr eine Auswahlsitzung und um 9 Uhr die ordentliche Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins stattfindet.

Der Verwaltungsrat der Handels-Jahres-Messe für Mädchen in Mannheim hat sich entschlossen, um einen vorhandenen Bedürfnis zu entsprechen, eine weitere Parallellasse zu errichten, in welche diejenigen Mädchen, die bei der 1. Anmeldung wegen Platzmangel zurückgewiesen werden mußten, nach aufgenommen werden können, wenn sie sich sofort anmelden. Für die Aufnahme ist der erfolgreiche Besuch der 8. Klasse der Volk- oder Bürgerschule bzw. einer gleichwertigen Anstalt erforderlich.

Die Baumblüte. Die Kirschkäuze stehen längs der Bergstraße nun in voller Blüte. Der Anblick ist ein sehr schöner. Einen ebenso reichen Blütenreichtum bringen die Birnen. Die Apfelbäume dagegen bringen zum Teil wenig oder gar keine Blüten. Pflaumen zeigen reichen Blütenreichtum, weniger die Böhler Frühlingsweide. Fast gar keine Blüte bringt das verbreitetste Steinobst, die gewöhnliche Hausapfelsche.

Das Fest der kleinen Kinder feiert am Sonntag, 25. April, Ranzes Philipp Helmann mit seiner Ehefrau Elisabeth geb. Schrott, Frühlingsstr. 28a.

Gaubeverband der Schmiedemeister im Handwerkskammerbezirk Mannheim. Am Ostermontag hielten die Schmiedemeister des Handwerkskammerbezirks Mannheim im Lokal „Heidelberger Hof“ in Heidelberg eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Nach einem Referat des Herrn Schneider-Mannheim, über „Die Organisation im Handwerk“ wurde zur Gründung des Gaubeverbandes geschritten, welche einstimmig genehmigt wurde. Zum Vorüberwählenden wählte man Herrn Schmiedemeister Fr. Henrich-Mannheim; zum Stellvertreter Herr Hofschmiedemeister R. Kautz-Heidelberg; zum Schriftführer Herr Schmiedemeister B. Kott-Mannheim; ferner aus jedem Amtsbezirk der Kreise Mannheim, Heidelberg, Rosbach einen Vertrauensmann. Sämtliche anwesende Schmiedemeister erklärten schriftlich ihren Beitritt zum Gaubeverband.

Evangel. Kleinkinderhause und Mutterhaus, Windeckstr. 9. Man schreibt uns: Ein neues Schuljahr hat begonnen. Mit einem hübschen und gut gelungenen Spielfest fand das alte seinen Abschluß. Die Eltern der Kinder hatten sich so zahlreich eingefunden, daß in dem geräumigen Saal kein Plätzchen mehr zu finden war. Vor zu liebe Spiele führten die Kinder aus. Die Feier wurde mit einer Ansprache der Frau Oberin eingeleitet, in der sie sich über die Bedeutung des Spiels für Geist und Gemüt des Kindes vertrat. Auch die drei Lehrkräfte des Mutterhauses zeigten durch Vorführung ihrer Abteilungen, was sie bis jetzt an Kenntnissen in ihrem schönen Beruf für angeeignet. An Ostern haben nun die ältesten Kinder unsere Anstalt verlassen, um in die „große Schule“ einzutreten. In unserer Freude konnten wir bei einem Besuche wahrnehmen, daß die entlassenen Kinder schon wieder ausgefüllt sind. Für eine Gemeinde bedeutet eine solche Anstalt einen wahren Segen! Die Kleinen sind bei uns wohlisch gut aufgehoben, und wir reichlich und ordnungsmäßig geht es in den geräumigen, hellen und freundlichen Schulräumen zu. In der Pflege der Kinder und bei der Unterrichtsarbeit finden hier ihre Lösung. Betrost können auch die verwandten Eltern auf dem Kinderhof ihre Kinder zu uns schicken, wie es schon häufig geschieht, denn Uneinigkeit an Körper und Kleidung, Unruhen und schlechte Worte werden nicht geduldet. Als neue zweite Lehrkraft ist Fr. Kömheld, eine herrliche Pflanzschlichter, in die Anstalt eingetreten. Neben dem Unterricht in der Schule ist sie bei dem Unterricht und der Ausbildung der Lehrkräfte tätig. Die Neuansmeldungen der Kinder können jederzeit in der Schule Winddeckstr. 9 gemacht werden.

1 Jahr 8 Monate Gefängnis für einen Messerstecher. In freier Weise propagierte der Tagelöhner Jakob Chret, ein gerichtsbekannter Herr, kürzlich einen Skandal in der Gutemannstraße. Lediglich deshalb, weil sich ein junger Mann namens Otto Moter weigerte, ihn noch weiter zehrfrei zu halten, griff er zum Messer und schlug ihm in den Oberarm ein. Die Wunde war erheblich und nicht der Messerstecher, sondern nur der Zufall wollte es, daß der Stich nicht tödlich war. In der gestrigen Verhandlung der Affäre vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß der Angeklagte schon vier gleichgelagerte Messerstiche auf dem Konto hat. In Rücksicht auf seine vielen Robeitsstrafen gab ihm das Schöffengericht einen gehörigen Denzettel in Gestalt von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

Aus dem Großherzogtum.

Weinheim, 22. April. Die Pläne für den Bau der neuen Kirche der evangelischen Missionsgemeinde sind nunmehr eingetroffen. Sie werden in nächster Zeit dem Ausschuß der Kirchengemeinde vorgelegt und sodann der öffentlichen Beurteilung überlassen. Mit dem Baue selbst soll wahrscheinlich im nächsten Frühjahr, nach den Konfirmationsfeiern, begonnen werden.

Heidelberg, 21. April. Am Montag Abend starb in der Kaiserheilanstalt das anderthalb Jahre alte Kind eines Schuhmachers in Handshühheim, welches am 2. April ds. Js. in der elterlichen Wohnung in einem mit heißem Wasser gefüllten Kübel fiel, an dem dabei erlittenen Brandwunden.

Vom Murgtal, 21. April. Vor einiger Zeit wurde von Lautenbach i. M. berichtet, daß diese Gemeinde in der glücklichen Lage sei, keine Umlagen zu erheben. Nach den jetzt vorliegenden Vorschlägen usw. der Gemeinden erheben heuer nicht

weniger wie sechs Murgtalorte keine Umlagen. Es sind dies die Gemeinden Bernersbach, Zorbach, Gausbach, Lautenbach, Reifental und Selbach.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Mohr, 21. April. Der bayerische Kriegerbund hat sich nunmehr schlüssig gemacht, daß ihm von der hiesigen Gemeinde unentgeltlich angebotene, 3 Morgen große Grundstücke für die Erbauung des Kriegerheims anzunehmen. Der äußerst günstig gelegene Platz befindet sich am Ausgange des Klausentals. Die Bauarbeiten sollen noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden.

Aus der Pfalz, 22. April. Die aus München verlaute, sollen in der Pfalz zwei neue Oberrealschulen errichtet werden, um die Anstalten in Kaiserslautern und Ludwigshafen zu entlasten. Seitdem mit der Angliederung der 7., 8. und 9. Klasse an diesen beiden Realschulen begonnen wurde, nimmt die Schülerszahl dermaßen zu, daß die Anstalt in Kaiserslautern zurzeit 586 und in Ludwigshafen 792 Schüler zählt. Für die beiden neuen Anstalten sollen Zweibrücken und Neustadt in Aussicht genommen sein.

Volkswirtschaft.

Anweiler Emailierwerke vorm. Franz Ulrich Söhne in Anweiler.

Die Gesellschaft beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein behufs Wenderung der Firma.

Der Zusammenbruch des Patten'schen Weizen-Corner.

Die Chicagoer Weizenbörsen brachen gestern in Wahrheit den Zusammenbruch des Patten'schen Weizen-Corner. Die Preise gingen um 5 bis 6 Cent das Bushel herunter und erholten sich nur um weniges. Es sieht, daß Patten und seine Leute Weizen bei 1,14 zu kaufen begonnen hätten. Eine Behauptung dieses Gerüchts war jedoch nicht zu erhalten, nachfolgende Preise sind noch weiter, bis 1,12%. Nachrichten über russische Verhältnisse von 2 Millionen Bushel und große Weizenladungen aus Indien verhärteten die Abwärtsbewegung. Die Verkäufe mehrten sich, als die Nachricht kam, daß die für Mal engagierten Spekulant Weizen abzugeben versuchten und daß auch Patten unter den Verkäufern war. Eine Autorität auf dem Weizenmarkt erklärte, daß 100 Millionen Bushel in Reserve seien, während die Regierung 140 Mill. Bushel als Effektive behand und Patten nur 108 Mill. Bushel angegeben hatte. Dazu kam noch die Nachricht, daß in den Nordweststaaten am Stillen Ocean große Weizenladungen nach dem Osten verschifft würden. Der Präsident der Weizenbörsen in Newyork hat die Weizenhandlung für Donnerstag zu einer Versammlung berufen, um mit ihnen die Frage zu beraten, ob der Einfuhrzoll auf kanadischen Weizen aufgehoben werden soll oder nicht. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß man von dieser Maßregel absehen wird, da der Corner bereits anscheinend in die Brüche geht.

Bereinsdruckeri Heidelberg A.-G. Dem Geschäftsbericht für 1908 ist zu entnehmen: Am Geschäftsjahr 1908 wurde ein Gewinn erzielt von M. 8804, woran dem Geschäftspersonal M. 2862 zutrafen, so daß ein Reingewinn von M. 4842 verbleibt. Im letzten Betrag ist der Verlust aus früheren Jahren zu tragen, so daß eine Dividenden-Zerlegung auch für das Jahr 1908 nicht möglich ist. Bei einem Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 1908 mit jener von 1907 ergibt sich, daß eine Wänderung des Umsatzes von M. 419 eingetreten ist, was hauptsächlich auf den geringeren Aufwand für Arbeitslöhne zurückzuführen ist. Das Passivkonto weist eine Steigerung von nur M. 103 auf. Die Zunahme der Abschreibungen um rund M. 200 findet ihre Ursache darin, daß hier die im Jahre 1907 angefallene Doppelschneidpresse im ganzen Jahresbetrage der Abschreibungsperiode erstmals in die Erstattung tritt. Diesen Mehraufwendungen steht eine Mehreinnahme aus Abonnements von M. 184 und aus Inseraten von M. 90 gegenüber, andererseits aber sind die Einnahmen aus Druckfäden um 1085 M. zurückgegangen. Weitere Differenz ist bedingt durch den Anfall von Druckfäden, wie solche im Vorjahre infolge der Reichstagswahl erzielt wurden. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß trotz bedeutenden Abonnentenzunahme das Passivkonto die erwähnte sehr mögliche Erhöhung erfahren hat und die Arbeitslöhne in ihrem Gesamtbetrag zurückgegangen sind. Eine zuhilfene Fortentwicklung des Geschäftes scheint gesichert, so daß zu erwarten steht, daß die noch vorhandene Unterbilanz von M. 6775,28 im nächsten Jahre ganz verschwindet und gleichzeitig eine Verteilung von Dividenden Platz greifen kann.

Die Bayerische Treuhand-Aktiengesellschaft hat mit dem Bayerischen Industriellenverband einen Vergünstigungsvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen den Mitgliedern des Verbandes ein Rabatt auf die Tarifhöhe der Gesellschaft gewährt wird.

Hotel-Aktiengesellschaft in Liquid. in Fürth. Nach der Bilanz am 31. Dezember ist der vorjährige Verlustvortrag von Mark 105 576 auf M. 100 704 gesunken. Das ursprüngliche Aktienkapital von 376 000 M. ist durch die 40 Prozent Liquidationsrate auf 226 000 M. ermäßigt.

Wasserstandsrichten im Monat April.

Table with columns: Vegetationen vom Rhein, Datum (18. 19. 20. 21. 22. 23.), Bemerkungen. Rows include Konstanz, Wadstut, Günzingen, Hehl, Lauterburg, Murgau, Wermersheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Raab, Robins, Adin, and Rudroft.

\*) Windstill. Bedrkt. 11+0 C. \* Naturschliches Wetter am 24. und 25. April. Für Samstag und Sonntag ist zu Gewitterstürmen und sonstigen Niederschlägen geneigt, wenn auch zeitweilig noch heiteres Wetter zu erwarten.

Spezial-Geschäft in Herrenhüten und Mützen. neuester Façons, in jeder Preislage. Grosse Auswahl. 2459. English Club. K 1, 5b, Bernhardusof. P 3, 18, Planken.



Nicht allein Güte und Eleganz  
zeichnen den  
**Salamander - Stiefel**  
aus, sondern auch  
ausserordentliche Preiswürdigkeit.

Einheitspreis:

M. 12<sup>50</sup>

Luxusausführung:

Mk. 16<sup>50</sup>

Für Damen u. Herren.

Verlangen Sie Musterbuch!

# Salamander

Schuh-Ges. m. b. H.

## MANNHEIM

P 5, 15|16 Heidelbergerstrasse P 5, 15|16

Fraditbriefe aller Art, stets vorrätig in der  
Dr. B. Haas'sche Buchdruckerei.

### Kirchen-Ansagen.

**In der Hauptkapelle.**  
Freitag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr. Samstag, den 24. April, morgens 9 1/2 Uhr. Nachmittags 2 1/2 Uhr. Jugendgottesdienst mit Schriftklärung. Abends 8 Uhr 15 Min.  
An den Hochfesttagen: Morgens 6 1/2 Uhr, abds. 6 1/2 Uhr.

**In der Clauskapelle.**  
Freitag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr. Samstag, den 24. April, morgens 8 Uhr. Abends 8 Uhr 15 Min.  
An den Hochfesttagen: Morgens 6 1/2 Uhr, abds. 6 1/2 Uhr.

Mittag- u. Abendlich

Guter Mittagstisch von 12-3 und 4-6 Uhr. 60 A. 50 A. u. 1 A. Abendlich u. 40 A. u. Spelz-Brotchen D 3, 13, Süde Pflanzen. 6748

Bürgerl. Mittag- u. Abendlich. T 4, 20, 2 Trepp. 6002

Es werden einige Tamen zu gutem Mittag- u. auch Abendlich angenommen. S 65 Rab red J 6, 6, part. Ints

Gut Bürgerl. 6728

Mittag- u. Abendlich U 4, 27, 2. Stage.

## Die Stimme der Welt.

Berliner Roman von Franz Wöhe

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Trauung in der Sophienkirche war sehr stimmungsvoll verlaufen. Prediger Seyring, der Andrea auch eingeeignet, hatte ihr den Spruch Raths mit auf den Weg gegeben: „Wo Du hingehst, da gehe ich auch hin, und wo Du stirbst, da will ich auch begraben sein.“

Nach lag etwas von der Weisheit der Trauung auf der jungen Braut, die jetzt am Arme des ihr angetrauten Gatten in den von zahllosen Herzen erhellten Speisesaal schritt, nachdem sie die allseitigen Glückwünsche empfangen.

Das volle Sonnenlicht, das noch dranhin auf den grünen Wäldchen leuchtete und durch die geöffneten Türen und Fenster hereinbrach, ließ das Licht der Herzen bleich und matt erscheinen und kann seinen eigenen, geheimnisvollen Schimmer über den Saal, mit seinen weißen Wänden, der Andrea plötzlich wie eine Entzweiung erschien.

„Bist Du glücklich?“ flüsterie ihr der Bräutigam ärtlich zu, als er an Andreas Seite Platz nahm.

Sie schaltete ihm in die Augen, und er drehte liebevoll ihre Hand.

Ein großes Glücksgefühl, eine heiße Dankbarkeit gegen die blonde, schöne Frau an seiner Seite, wachte plötzlich in ihm auf. Nun waren ja alle seine Träume und Hoffnungen erfüllt. Er war frei von den drückenden würgenden Sorgen des Lebens. Sein Schwiegervater hatte in gewohnter Weise und mit seinem Takt, das mußte er diesem Epicher, wie er den Alten heimlich nannte, lassen, alle seine Verbindlichkeiten gebüßt. Weibel Klümchen Rosenbaum hatte ihn dabei geholfen, alles zu ordnen, und auch der Vermittler, den er bisher immer mit unerbittlicher Verachtung behandelt, hatte sich höchst anständig dabei gezeigt.

Nur ein einziges Verwerfliches, das Andreas Mittag einmachte, hatte ihm heute sein Schwiegervater eine Schenkungsurkunde über das Rittergut Jallenhagen überreicht, das sehr ertragfähig und nützlich, allein ein Kleinerwerb bedeute. Die Villa in der Tiergartenstraße, die das junge Paar gleich nach der Rückkehr von der nur kurzen Hochzeitsreise beziehen sollte, war, trotz der raffinierten, luxuriösen Ausstattung doch nur eine Fassade gegen dieses Hochzeitsgeheim, mit dem Gindorf heute

### Schaufmachung.

Auf Antrag der Erben der verstorbenen Josef Herrmann Witwe Elisabeth geb. Freyger werden die bisher unter den Erben gemeinschaftlich gebliebenen Grundstücke und zwar:

1. 3 ar 19 qm, Bozratte mit darauf befindlichem einstufigem Wohnhaus nebst Hausgarten im Stadtteil Katernberg an der Bohndorferstraße No. 5.

2. 14 ar 01 qm Ackerland im 30. Sandwegmann am Montag, den 3. Mai, vormittags 9 Uhr auf dem Mathias Hofmeister öffentlich versteigert.

Die Versteigerungsbedingungen liegen zu jeder-manns Einsicht auf der Notariatskanzlei offen.

Ramheim, 19. April 1909.  
Groß. Notariat IX.  
Schilling.

### Steigerungs-Aufündigung.

Nr. 4820. Auf Antrag des evangelisch. Kirchengemeindevorstandes Ramheim - Waldhof versteigere ich in meinem Amtszimmer in Mannheim K 1, 11 am

Montag, 26. April 1909, vormittags 11 Uhr das nachstehende Grundstück: Gemarkung Ramheim Gd. Nr. 8810 d. 4 a 21 qm Bauplatz im Stadtteil Waldhof, an der Gubenstraße 10. Der Steigerer muß mindestens den Preis von 15 A für den Quadratmeter bieten. Die übrigen Versteigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notariat eingesehen werden.

Ramheim, 20. April 1909.  
Groß. Notariat VIII.  
Dr. Garlebach. 7590

### Öffentliche Versteigerung.

Montag, den 26. April 1909, vormittags 10 1/2 Uhr werde ich an Ort und Stelle in der Halle der Societätsfirma J. Reichert Sohn dahier, am Central-Waldhof, 10,000 Stücken Kalkzement-Idiefer, 40/40 gemäß § 373 des S.-G.-B. für Rechnung dessen den es ansetzt, öffentlich gegen bare Zahlung versteigern.

5042  
Mannheim, 22. April 1909.  
Klee, Gerichtsvollzieher.

### Sofort Geld

auf Möbel u. Waren jeder Art, welche mir zum Verleihen übergeben werden.  
Ankauf gegen bar.  
Tausch gebrauchte Möbel gegen neu. 1916 LI  
Lagerung von Möbeln und Waren sowie ganz Haus- Einrichtungen.  
Separ. Lager-Räume.  
Sch. Seel,  
Königsplatz,  
S 3, 10. - Tel. 4306.

### Eleganter Kinderwagen

an neu, billig zu verkaufen. Welfenstr. 64, 4. - Tel. 3039

### Bilanz-Conto per 31. Dezember 1908.

Aktiva.		Passiva.	
Fabrikanlagen	13584495	Kapital-Conto	17500000
Eisenbahnwagen	789530	Reservofonds	13633487
chiffé	518800	Spezialreservofonds	350000
Gespänne	1	Erneuerungsfonds	109000
Patente und Modelle	4	Teilschuldverschreibungen	6578000
Kautionen	368538,50	Beamten- u. Arbeiter-Unterstützungsfonds	45360785
Waren-Conto	3031268,30	Kautionen	31852850
Effekten-Bestand	7608603,68	Hypotheken-Conto	300000
Wechsel-Bestand	813515,18	Unfallversicherungs-Conto	71000
Kassen-Bestand	45609,73	Beiträge pro 1908	3193298,44
Debitoren:		Kreditoren	1901773,76
Bankguthaben M. 1599403,66		Reingewinn	8296467,02
Diverse	871988,12		
	32061467,09		

### Gewinn- und Verlust-Conto per 31. Dezember 1908.

Debit.		Kredit.	
Zinsen für Teilschuldverschreibungen	180905	Vortrag aus 1907	145763,20
Unkosten (Saläre, Steuern, Reparaturen, Versicherungen, Diverses)	1174544,46	Gewinn pro 1908	9679408,85
Abschreibungen	707935,89		
Reingewinn	1803773,76		
	8517159,17		

Charlottenburg-Berlin, im März 1909.

### Rütgerswerke-Actiengesellschaft.

Der Vorstand.  
Sogall. Dr. Aug. Clemm. Dr. Noebe.

Auf das dividendenberechtigte Kapital von M. 12.000.000,- gelangt eine Dividende von 12% zur Auszahlung.

Der Dividendenschein No. 11 wird mit M. 110,- eingelöst:

in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft, Kurfürstenstrasse 137,  
bei der Berliner Handels-Gesellschaft,  
bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, sowie bei dessen Niederlassungen in Köln und Bonn,  
bei der Deutschen Bank sowie bei deren Filiale Frankfurt a. M.,  
bei Herren C. Schlesinger-Trier & Co. Commanditgesellschaft auf Aktien,  
in Breslau bei dem Schlesischen Bankverein.

### Zeitungs-Makulatur Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei.

**Otto Ferber**  
Spezial-Haus in Löffel- und Messerwaren  
P 7, 19 Heidebergerstr. Tel. 4169

Empfehle in reichhaltigster Auswahl  
**Echt silberne Bestecke**  
in einfacher und modernster Ausführung, zu den billigsten Tagespreisen. 6926

**Schwerversilberte Alpaccabestecke**  
mit Ia. silberweisser Unterlage u. garantiert gestempelter SI Marke in allen Stärken. Stets hervorragend. Neuheiten.

**Stahlbestecke**  
mit Ebenholz-, Horn-, Knochen-, Perlmuttorgreifen u. s. w.

Taschenmesser, Scheeren u. Manicures  
in allen Zusammenstellungen

**Komplette Besteckkästen u. Etuis**  
in jeder Zusammenstellung und Preislage stets vorrätig.

Nur prima Qualitäten!

das junge Paar überraschte. Eberhards Herz war von Dankbarkeit, Rührung und Freude geschwollen. Nun lag das Leben und die Welt so glänzend vor ihm. Nun konnte ihn nichts mehr treffen. Alle Sorgen abgestreift, alles Trübe vergessen. Nur leben und genießen.

Zum ersten Mal hatte er heute die dicke, fleischige Hand seiner Schwiegermutter ohne Schauer an die Lippen geführt. Die Hände wollte er Andrea unter die Hüfte breiten. Er wollte —

Da begegnete sein Blick dem seines Freundes des Halbbrüder Erichson, der ihn vom anderen Ende der Tafel aufmerksam betrachtete. Eberhard verlor plötzlich den Faden seiner Gedanken. Wie merkwürdig ihn Erichson ansah, und wie eigentümlich er sich überhaupt gebärdete. Er hatte ihn ja fast zwingen müssen, zur Hochzeitsfeier zu erscheinen.

Na, aber nun war er doch da, und Eberhard empfand bei seiner Gegenwart etwas, wie ein gewisses Heimatgefühl. Außer ein paar Kameraden, die als Länger für die Brautjungfern gebraucht wurden, war niemand als Gast zugegen, der zu ihm gehörte. Nähere Verwandte hatte er nicht, und die wenigen entfernteren, die man gebeten, hatten die Einladung abgelehnt.

Diese Resonance würde ihm seiner feiner Verwandten verzeihen.

Auch die Braut blühte zuweilen zu Halbdan Erichson hinüber, und immer wieder sah sie seine Augen dunkel, fast drohend auf sich gerichtet.

Was fiel denn diesem Menschen ein? Warum war er überhaupt gekommen?

War es nicht eine Unverschämtheit von diesem Farbenflegel, sie so anzustarren? Du lieber Gott, Papa hatte ihm doch das Bild, das er von ihr in Auftrag erhielt, höchst anständig bezahlt und noch ein anderes Bild für ein hübsches Geld abgeholt. Es hing drüben in ihrem Zimmer; sie hatte sich geweigert, es mitzunehmen in das neue Heim. Was wollte denn dieser Palettsmann noch mehr?

War er vielleicht eifersüchtig, daß sie ihn nicht zum Gatten gewählt? Nein, das war doch zu lächerlich. Sie, Andrea Gindorf, die seitdem daran gelitten, daß ihre Eltern Emporkömmlinge waren, die sollte — es war nicht anzudenken!

Es war wirklich eine bodenlose Kränkung von diesem Menschen, ein bißchen Alibi so ernst zu nehmen.

Plötzlich fiel eine heiße Röde über Andreas Antlitz, das unter den weißen Tischdecken schimmerte. Die lichtbraunen Augen senkten sich demüthig auf ein Teller, und ihr Herz wurde plötzlich in rothen, heißen Schlägen.

Ein milder goldglänzender Nachmittagsfiel ihr ein. Halbdan Erichson und sie waren ganz allein in dem Atelier da drüben, das der Papa dem Maler eingerichtet, um Andrea's Bild zu schaffen, das auf allen Ausstellungen später bewunderndes Aufsehen erregte.

Die Mama war, wie immer, bei den langweiligen Sitzungen feig entfallen und der Künstler war an Andreas Seite getreten, die in einem hochleuchtigen Sessel ruhte, Licht und Schatten des Bildes zu prüfen. Und plötzlich, als er seinen Kopf zu dem ihren herunterneigte, als sein wiblonder Vort soft ihre Wangen streifte, da hatten ihre Augen tief in die seinen geschaut nur einen Herzschlag lang, aber voll heißer Blut, und da hatte er seine Lippen auf ihre leuchtenden Augen gesetzt, und eine unendliche Seligkeit hatte ihr Herz überflutet.

„Ich liebe Dich, Andrea.“ war seine Stimme an ihre Ohr gedrungen, feierlich wie ein Schwur, und sie hatte gelächelt und ihm ihre blühenden Lippen gereicht. Da war die Mutter aus ihrem Dämmerichlamm erwacht und die Abendstunden hatten das letzte, milde Sonnenlicht verflücht, so daß Erichson Pinself und Palette niederlegen mußte.

Als er wiederkam, um das Bild zu vollenden, schlief die Kommerzienrätin nicht, und Andrea hatte kein Lächeln auf den roten Lippen. Ernst und stumm führte er seine Arbeit zu Ende. Er lag wohl in ihrem Antlitz, daß der goldene Herbsttag, den sie durchlebt, nur ein Traum bleiben durfte. Er lag in ihren Augen, daß sie vergessen wollte, was sämmtlich ihr Herz geschrien.

Die junge Braut schauerte zusammen. Ihr fiel das unergründliche Lächeln ein, mit dem er dann von ihr Abschied genommen. Die Verachtung hatte es um seinen ersten Kuss, und der mächtige Nacken, der das edle Haupt mit dem rotgoldenen Lockenhaar trug, beneute sich wie unter einer schweren Last.

Da hatte Jabel ihre Seele erfüllt: Er liebt Dich“, hatte er geschrien, „er liebt“, hatte sie voll Wollust empfunden, und ein Eingeständnis ohne gleichen hatte ihre Brust geschwellt.

Er sollte, er mußte sie lieben, sie aber, sie hielt ihre Gefühle in der Hand, sie konnte sie antworten nach Gefallen, sie brauchte nicht den zu nehmen, den sie liebte und dem sie in einer schwachen Stunde verraten, daß auch er ihrem Herzen nahe stand. Sie war erhaben über solche trübseligen Sentimentalitäten, aus denen die Schwachen sich heffeln schmeiden.

(Fortsetzung folgt.)





# Eine photograph. Autorität wie Herr Prof.

7342

F. Schmidt am Polytechn., Karlsruhe, schreibt in seinem Gutachten u. a.: „Die Lumenplatte ist eine hochempfindliche Platte von vorzüglichen Eigenschaften und gehört zu den besten Marken des Handels“. Dabei ist die Lumenplatte über 20% billiger als andere Marken ähnlicher Qualität. — Nur zu haben in d. L. Spezialhaus Heinrich Kloos, G 2, 15, neb. d. „Deutschen Hof“. (Genau auf Firma und gesch. Namen achten.)

Gr. Hof- u. National-Theater  
Mannheim.

Freitag, den 23. April 1909.

45. Vorstellung im Abonnement D.

## König Richard der Zweite.

Ein Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Adaptiert von H. W. von Schlegel.  
Neu inszeniert von Emil Reiter.

**Personen:**

Adolf Richard der Zweite	Georg Köhler
Herzog von Burgund	Karl Schürer
Herzog von Brabant	Karl Weimann-Jobitz
Herzog von Flandern	Heinrich Götz
Herzog von Lothringen	Alfred Müller
Herzog von Neuchâtel	Karl Götz
Herzog von Savoyen	Alexander Köster
Herzog von Valais	Karl Böhm
Herzog von Vaud	Julius Trautsholtz
Herzog von Genève	Christian Udemann
Herzog von Montauban	Georg Ingemöl
Herzog von Nemours	Paul Müller
Herzog von Orléans	Georg Branding
Herzog von Berry	Paul Feist
Herzog von Bourbon	Georg Schödel
Herzog von Bretagne	Georg Weimann
Herzog von Guienne	Georg Weimann
Herzog von Aquitanien	Georg Weimann
Herzog von Normandien	Georg Weimann
Herzog von Flandern	Georg Weimann
Herzog von Brabant	Georg Weimann
Herzog von Lothringen	Georg Weimann
Herzog von Neuchâtel	Georg Weimann
Herzog von Savoyen	Georg Weimann
Herzog von Valais	Georg Weimann
Herzog von Vaud	Georg Weimann
Herzog von Genève	Georg Weimann
Herzog von Montauban	Georg Weimann
Herzog von Nemours	Georg Weimann
Herzog von Orléans	Georg Weimann
Herzog von Bourbon	Georg Weimann
Herzog von Bretagne	Georg Weimann
Herzog von Guienne	Georg Weimann
Herzog von Aquitanien	Georg Weimann
Herzog von Normandien	Georg Weimann

Herren von Adel, Offiziere, Soldaten und anderes Gefolge.  
Die Scene ist in verschiedenen Orten in England und Wales.

Aufführung, halb 7 Uhr, Auf. 7 Uhr, Ende vor 10 Uhr.

Nach dem 2. Akt findet eine größere Pause statt.

Kleine Preise.

Im Großh. Hoftheater.

Samstag, 24. April 1909. 45. Vorstellung im Abonn. A

## Das Rheingold

Aufführung halb 8 Uhr.

## Neues Operetten-Theater

MANNHEIM

Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr

Gastspiel Fritz Werner

## Vera Violetta

vorher

## Die süßen Grisetten

Samstag, den 24. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

Gastspiel Fritz Werner

## Der Opernball.

## Saalbau-Variété

Täglich 8 Uhr abends

## Das exquisite Frühjahrs-Programm

## Restaurant Landkutsche, D 5, 3

Täglich

## Grosses Konzert der Zigeunerkapelle „Sriemac“.

## Zahn-Atelier C. Schlick

Meerfeldstrasse 35.

Sprechstunden: 8—12 und 2—6 Uhr.

## Strauss Federn

Fantasia-Federn u. Reiher, Marabut- u. Feder-Stolz

zu Gelegenheitspreisen.

Pariser Straussfedernwascheri und Färberei

Alfred Joos, Mannheim, Q 7, 20.

### Der Rotti-Würfel

verdankt seine ungeahnt schnelle Einführung und seine kolossale Beliebtheit bei allen Hausfrauen einzig und allein seiner von keiner Konkurrenz auch nur annähernd erreichten Qualität. Der Rotti-Würfel ist bekanntlich

**eine konzentrierte Fleischbrühe mit Gemüse in Würfelform und wird verwendet für Bouillon, schwache Suppen, Saucen, Gemüse und Speisen aller Art.**

Houssedy & Schwarz, Rotti-Bouillon-Gesellschaft in. b. H., München.  
Lager u. Vertretung: Voegtlin & Wacker, Mannheim, Necker, 10. — Tel. 950.

### Nationalliberaler Verein Mannheim

Freitag, den 23. April, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

findet in den Sälen des Rathhauses (Schloß) eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Dr. Sevin aus Baden über

### „Die Reichsfinanzreform“

sprechen wird.

Wir laden zu dieser Versammlung unsere Mitglieder, die Mitglieder des Jungliberalen Vereins, des liberalen Arbeitervereins, sowie die Mitglieder und Freunde der Blockparteien höflichst ein.

Der Vorstand.

### Hugo Schön, Kunsthandlung

Kunststrasse 0 2, 9 Kunststrasse

hält das grösste Lager in besseren Kunstblättern, gerahmt und ungerahmt. Bemerkenswerte Neuerscheinungen stets am Lager

— Besichtigung jederzeit gerne gestattet. —

— Geschenke für alle Gelegenheiten —

Einrahmungen werden in eigener Werkstätte geschmackvoll und preiswert ausgeführt.

### Wanzen und Käfer

erste Bad. Versicherung gegen Ungeziefer

Lütgens & Springer, Inh. Anton Springer.

Größe u. größte Desinfektionsanstalt Süddeutschlands. Aufst. u. Versandhaus dem. Desinfektions-Apparate und Desinfektions-Apparate.

Mannheim, T 2, 4. — Telefon 2024.

Weitere Filialen: Max Riebel, T 4, 25.

Filialen in sämtlichen bayerischen Städten und in Bayern-Vorlanden.

### Vermischtes.

Heute Freitag abend von 5 Uhr ab

frische warme Thüringer Rotwurst

von anerkannt vorzüglichem Wohlgeschmack empfiehlt

Geschw. Leins, D 6, 3.

### Warum quälen Sie sich mit Husten?

Vinco-Hustentropfen und Husten-Thee helfen prompt!

Zu haben in der Markt-Drogerie Doppelmayer, F 2, 9.

Grüne Rabattmarken.

### Wirtschaften

Güchtige Wirtsleute

saftionfähig, für eine Wirtschaft in der Nähe der Kaiserstr. gesucht. Offerten unter Nr. 4786 an die Exped. d. Bl.

### Selbstgekochtes Sauerkraut

per Pfd. 15 Pfg.

G. Schott, Metzger u. Metzger, E 3, 3.

### Wormer- und Gipsfiguren

werden resp. u. werden neu hergestellt. Hendenheim, 67827 Wollfstr. 10, 2. Stf.

### Wirtschaft

mit guter Schifferkundschaft in besserer Lage des Rheinarmer Industriegebietes sofort an tüchtige, saftionfähige Wirtsleute zu verpachten. Offerten u. Nr. 5012 a. b. Exped. d. Bl.

### „Germania“-Hänge-Gas-Brenner

kann an jeder Gaslampe angebracht werden und brennt heller und billiger wie jede elektrische oder Gaslampe

M. 3.85

Ph. Weickel Söhne

U 1, 3 Tel. 3118

Belohnungsantrag

### Günstige Gelegenheit!

Wegen Übernahme der Filiale der Ospianoforte-fabrik Gebr. Berzina, verkaufe ich alle übrigen vorräthig.

### Pianos

zum Selbstkostenpreis, auch zu jeder beliebigen Abzahlung.

4957

Herb. Söhler, Mannheim

A 2, 2.

### Bureaux.

A 1, 1 Bureau zu verm. (2 Zimmer, 1 Kaminzimmer etc.) 7866

N 3, 12 II. 2 ineinandergehende kleinere Zimmer (einf. für Bureau passend) zu vermieten. 4022

### Werkstätte.

L 2, 8 Große Werkstätte (einf. in verm. 6933

S 6, 33 Kleine Werkstätte (einf. in verm. 4083

### Rosengarten Mannheim

Musensaal

Sonntag, den 25. April 1909, vormittags 11 Uhr

### Orgel-Matinee

zum Gedächtnis an

G. F. Händel, Josef Haydn, Felix Mendelssohn.

Organist: Herr Musikdirektor Albrecht Hänlein.

Gesang: Die Konzertsängerinnen Fräulein Meta Nett von Ludwigshafen und Fräulein Auguste Schumacher von Mannheim.

Programm.

G. F. Händel, gestorben 14. April 1759.

1. Adagio und Presto a. d. Orgelkonzert in D-moll.

2. Duett für 2 Frauenstimmen: „O süßes Kind an Schönheit reich“ a. Josua.

Josef Haydn, gestorben 31. Mai 1809.

3. Largo

4. Kaiser-Variationen für Orgel.

Felix Mendelssohn, geboren 3. Februar 1809:

5. Duette:

a) Zion streckt die Hände aus, a. Elias.

b) Sonntagmorgen: Das ist der Tag des Herrn.

6. Orgelsonate in E-moll op. 65 Nr. 1.

a) Allegro moderato e serioso.

b) Adagio.

c) Rezitativ-Andante und Allegro assai vivace.

Kasseneröffnung 11 Uhr.

Eintrittspreis: Reservierte Plätze 50 Pfg. Nicht reservierte und Stehplätze 20 Pfg.

Kartenverkauf in dem durch Plakate kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau (Kaufhaus), in der Zeitungshalle beim Wasserturm, beim Portier im Rosengarten und an der Tageskasse.

Ausser den Eintrittskarten sind von jeder Person über 14 Jahren die vorschriftsmässigen Einlasskarten zu 10 Pfg. zu lösen.

### Hôtel-Restaurant

06,7 „Victoria“ 06,7

Herrlich gelegenes, erstklass. Familien-Restaurant.

Sorgfältig geführte Küche:

Garantiert naturreine Weine.

Diners von 12-2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Soupers von 7-11 Uhr

Mk. 1.50—2.25 Mk. 1.50—2.25

Reichhaltige Tages- und Abendkarte.

C. H. Morlock.

Mein Bureau befindet sich ab 1. April in meinem Hause

L 13, 12a (Bismarckstrasse)

W. Leonhardt, Architekt, B. D. A.

Bureau für Architektur u. Kunstgewerbe.

Gründung 1898. Telephone 2306.

### Piano-Ausverkauf!!

Abzahlung, Miets. DEMMER, L'hafen, Luisenstr. 6.

Wir haben unser Magazin von Kepplerstrasse 17 nach

P 7, 8 verlegt.

Rheinische Siemens-Schubertwerke S. m. b. H.

### Gebäude-Reinigung.

G 3, 1 Emil Mittel G 3, 1

### Holste's Bielefelder Glanz-Stärke

8419 ist die beste!

Verlangen Sie ausdrücklich Holste's Stärke und weisen Nachahmungen stets zurück.

### Gebrandete Möbel, Kleider, Schuhe

sowie jede Art Bestickwaren fast zu höchsten Preisen

74402 G. Weickel, H 3, 7. Telephone 3586.

Mit Eisen, alte Metalle, Pumpen, Reuschmaschinen, Porzellan, sowie Geschloßschlüssel, Aktien unter Garantie des Einkaufens, auch alle Sorten Flaschen, zahlr. die höchsten Preise

G. Weickel, H 3, 7. Telephone 3586.



# Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

## Deutscher Reichstag.

246. Sitzung, Donnerstag, den 22. April.

Am Tische des Bundesrats: Wermuth, Kühn.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

### Die Einfuhrzölle für Getreide.

Auf der Tagesordnung steht die Resolution A. Blah (Fr. Sp.), die eine Abänderung des § 11 des Zolltarifgesetzes in der Richtung verlangt, daß die Geltungsdauer der Einfuhrzölle auf höchstens 3 Monate herabgesetzt wird, und daß die Geltung der Einfuhrzölle zur Vollrichtung auf die Warengattung beschränkt wird, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrzölle erteilt worden ist.

Ebenfalls zur Diskussion stehen Petitionen von Müller-Verbanden und Handwerksvereinen, die Maßnahmen gegen die übermäßige Ausfuhr von Getreide fordern, und Eingaben der Generaldeputation zu Dresden, des Verbandes deutscher Lohnführer in Frankfurt a. M., des Zentralverbandes deutscher Arbeitervereine „Germania“, und des Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsbundes in Hannover, die u. a. die Wiedereinführung des Identitätsnachweises befürworten.

### Hg. Winter-Blumen (Fr. Sp.)

Begründet die Resolution. Die Einfuhrzölle werden dazu benutzt, die Getreidepreise künstlich hochzuhalten. Wegen ihrer verschiedenen Verwendungsmöglichkeit und der schonenartigen Geltungsdauer haben sie die Bedeutung eines Wertpapiers gewonnen. Man kann mit Fug und Rede behaupten, daß die Einfuhrzölle in ihrer gegenwärtigen Form zum Teil Schuld tragen an den hohen Getreidepreisen. Es ist in weiten Kreisen die Meinung verbreitet, daß so, wie die Dinge jetzt liegen, es unter keinen Umständen weitergehen kann. Man weiß, daß mit den Einfuhrzöllen großer Unfug getrieben wird, indem man nicht bloß Getreide, sondern auch Kaffee und Petroleum daraufhin einführt. Im Verhältnis zur eigenen Weizenenergie wird ein ganz bedeutendes Quantum Getreide eingeführt, woraus sich der hohe Preis des Weizens erklärt. Die Meinung, Deutschland habe Ueberfluß an Brotgetreide, ist in keiner Weise zutreffend. Die deutsche Landwirtschaft ist nicht in der Lage, das gesamte Getreide zu produzieren, das im Lande gebraucht wird. Die Getreideimporte würden einen noch viel größeren Umfang annehmen, wenn nicht durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Bevölkerung gezwungen wäre, ihre Bedürfnisse einzuschränken. Für die Reichskasse haben die Einfuhrzölle nur den Wert von Null. Das ganze System ist unhaltbar, schon aus Gründen der nationalen Selbstbehaltung muß eine Änderung in dem Sinne unserer Resolution erfolgen.

### Hg. Sped (Zentr.)

Mit der Aufhebung des Identitätsnachweises sollte ein weiterer Einlenken der Getreidepreise verbunden werden. (Hört! Hört! links.) Wenn auch die Landwirtschaft in ihrer Existenz wertlos wäre, (Sehr richtig rechts.) Die landwirtschaftlichen Produkte müssen einen annehmbaren Preis haben. Die Einfuhrzölle sind nicht Schuld daran, wenn im Jahre 1908 eine starke Getreideausfuhr stattfand. Das lag an der reichen Ernte. Unsere Roggenpreise sind ja auch in den letzten Jahren gefallen. Sicherlich ist es kein gesunder Zustand, wenn erhebliche Mengen von Brot-Getreide dem Auslandsmarkt entzogen werden. Im vorigen Jahre waren das aber auch anormale Verhältnisse. Wenn dieser Zustand nicht vorübergehend sein sollte, so sind wir gern bereit, Maßnahmen zur Abhilfe zu erwägen. Keineswegs ist das Einfuhrzöllobermaß ein interessanter Bestandteil unserer Schutzpolitik. Ein Währungs „Nähr nach nicht an“ ist es nicht. Freilich hat sich unsere Landwirtschaft daran gewöhnt. Durch eine Einschränkung oder Abschaffung würde die Landwirtschaft geschädigt werden, auch der Getreidehandel, Landwirtschaft und Getreidehandel müssen ihre bisherige Bewegungsfreiheit behalten. Gestern hieß es auf der Linken, man solle doch nicht den Zolltarif durchlöchern. Heute kommen diese Herren mit einem Antrage auf Abänderung des Budgetkommissionen zu überweisen. Im Plenum können wir diese schwierige Materie, die für die Landwirtschaft von großer Bedeutung ist, nicht behandeln. (Beifall im Zentrum.)

### Hg. Dr. Ederum (Soz.)

Mein Vortrager hat eine rühmlichste agrarische Rede gehalten. (Lachen im Zentrum.) Wenn Jemand seiner Ausführungen waren rein agrarisch. Der Antrag auf Verweisung der Sache an die Budgetkommission ist eine Verschleppung bis zu den griechischen Kalenden. Will man denn den Antrag nach Pfingsten in den Handelslogen beraten? Der Antrag zur Ausfuhr von Getreide wird durch die Schiene gegeben und durch die günstigen Eisenbahnfrachten. Die Getreidepreise sind lange noch nicht niedrig genug. (Cho-Rufe rechts und im Zentrum.) Der freisinnige Vordruck stellt das Minimum dar, das wir heute fordern müssen. Auch unsere Schwierigkeiten mit der Schweiz sind eine Folge des Einfuhrzöllobermaßes, durch das die Tarifsen der Steuerumdecker gefüllt werden.

Zugewiesen ist ein nationalliberaler Antrag Weber eingegangen, wonach die Geltung der Einfuhrzölle zur Vollrichtung nicht mehr auf die Einfuhr von Kaffee und Petroleum erstreckt werden darf.

### Hg. Graf von Kanitz (Konf.)

gibt einen historischen Ueberblick über die Entwicklung des Systems der Einfuhrzölle. Es ist für die östlichen Provinzen von großer Bedeutung. Wunderlich ist, daß die drei freisinnigen Mitglieder, Kautsky und Dehn die Resolution unterstützt haben. Denn die Kaufmannschaft von Königsberg hat ja eigentlich den Antrag zur Einführung dieses Systems gegeben, und der Danziger Abgeordnete Richter trat ebenfalls lebhaft dafür ein. Auch Stettin hat große Vorteile davon. Wahrscheinlich ist die Resolution in Absicht der drei Herren beschlossen worden. Sie werden selbst mit Entsetzen ihre Namen darunter bemerkt haben. (Sehr richtig.) Die Ausfuhr an Getreide betrug im Jahre 1908 nur 13 Prozent der Einfuhr. Das ist doch sehr wenig. An den hohen Marktpreisen sind nicht die Landwirte schuld, sondern die Händler, die große Gewinne einflecken. Im Osten sind die Getreidepreise immer noch niedriger als im Westen. Die ganze Einführung der Einfuhrzölle liegt doch im Sinne des Freihandels. Ich verziehe daher nicht, wie die Freisinnigen mit dieser Resolution kommen können. Wir lehnen sie ab. Auch im Interesse unserer Industrie und unserer Industriearbeiter müssen wir die Landwirtschaft lauffähig und konkurrenzfähig halten. (Beifall rechts.) Nehmen Sie nicht an eine Institution, die nicht bloß für die Landwirtschaft, sondern auch für Industrie und Handel von größter Bedeutung ist. (Beifall rechts.)

### Hg. Dr. Weber (Konf.)

Die Einfuhrzölle haben nicht nur für die Landwirtschaft, sondern ebenso sehr für den Handel große Bedeutung, weil durch sie der Getreidehandel gerade im Osten ermöglicht und das Getreide zum Nutzen des Handels ein- und ausgeführt wird. Es gibt selbst sozialdemokratische Zeitungen, die mit uns diese Auffassung teilen. Wenn Sie bedenken, daß an Roggen insgesamt 600 000 Tonnen ausgeführt werden und an Weizen 200 000, dagegen die Einfuhr von Roggen ca. 370 000 Tonnen und die von Weizen mehr als 2 Millionen beträgt, so werden Sie zugeben müssen, daß durch die Einfuhr von Roggen eine Reizeinfuhr von Weizen sich als nötig erwiesen hat. Es ist nicht richtig, daß die Einfuhrzölle nur der Landwirtschaft zugute kommen. Die Vertreter der Hafenstädte Bremen, Lübeck und Stettin haben sich selbst für die Einfuhrzölle im Interesse des Handels ausgesprochen. Besonders Berücksichtigung verdient auch die Röhrenindustrie. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es vielleicht notwendig sein wird, eine Revision der Ausfuhrzölle für Getreide und Rohstoffe zu erwägen. Ich will diesen Gedanken nicht von der Hand weisen, obwohl Rohstoffe und Getreide bezüglich der Einfuhrzölle verschieden zu behandeln sind. Für die Mühlen Deutschlands ist zurzeit nicht hinreichend gesorgt, und ich möchte die Staatsregierung erlösen, mit den Einzelheiten in Verbindung zu treten, um hier in der Tariffrage baldmöglichst Klarheit zu schaffen. Eine veränderte Tarifsetzung des Getreides wird rascher wirken, als eine Mühlen-Imposition, aber die die Meinungen noch nicht genügend geklärt sind. Wenn den Getreideproduzenten nicht die Möglichkeit der Ausfuhr gegeben wäre, könnte leicht eine ganz überflüssige und von niemandem gewünschte Decoupe entstehen, weil die Getreideproduzenten nach dem Druck des Getreides baldmöglichst auf den Markt bringen müssen. Das spricht für die Einfuhrzölle. Schöppel hat darauf hingewiesen, daß unter dem Freihandel ohne Einfuhrzölle der Jahresdurchschnittspreis in Berlin 211 Mark betrug und heute trotz erhöhten Saugpreises und trotz Einfuhrzöllen der Durchschnittspreis sich auf 200 Mark stellt, wobei noch eine große Differenz auf dem Weltmarkt vorliegt. Der Antrag Blah ist für uns unannehmbar. Da wir aber der Ansicht sind, daß hier eine Frage von größter Tragweite vorliegt, über die wir in der Kommission eingehend beraten wollen, so haben wir ein Amendement eingebracht, das Sie hoffentlich annehmen werden. Es beruht auf dem Gedanken, daß die Erleichterung des Handels nicht so weit zu geben braucht, daß man die Einfuhrzölle geben und dafür Petroleum oder Kaffee kaufen kann. Die Getreideeinfuhrzölle müssen im Interesse der Landwirtschaft aufrecht erhalten werden, allein eine ungesunde Spekulation kann hintangehalten werden. Die Abföderung der Geltungsdauer, wie sie der freisinnige Antrag vorschlägt, würde keinen Nutzen haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

### Hg. Gothein (Fr. Sp.)

Für uns ist einer der wesentlichsten Gründe, weshalb wir die Resolution eingebracht haben, gerade das Interesse der Reichsfinanzungen gewesen. Wobin wir mit Ausfuhrerträgen kommen, hat am besten die Fuderprämie gezeigt, die dem deutschen Steuerzahler, wie ich berechnet habe, 1438 Millionen Mark gelöst hat. Und nun redet man noch einer Ausfuhrprämie auf Getreide das Wort. Das Märgen von den niedrigen Getreidepreisen in Deutschland sollte man nicht weiter verbreiten. Gewiß haben die Offiziere einen Vorteil von dem System der Einfuhrzölle. Herr Sped hat nur mit schönen Redensarten operiert. Der Antrag Weber ist echt nationalliberal und ohne praktische Bedeutung.

### Staatssekretär des Reichamts des Innern v. Bethmann-Hollweg:

Ich halte ursprünglich nicht die Absicht, heute zu reden. Wenn ich dies nun doch tue, so will ich mich allerdings nicht mit dem letzten Herrn Vortrager über handelspolitische Ansichten auseinandersetzen. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Reichstages auch damit einverstanden ist. (Zustimmung.) Die Tatsache, daß die Ausfuhr des Hafers und neuerdings auch des Roggens erheblich gestiegen ist, hat die Aufmerksamkeit auch der verbündeten Regierungen auf sich gezogen und sie veranlaßt, die Minderwirkung dieser Erscheinung auf unsere Reichsfinanzen einerseits und auf unsere allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse andererseits, insbesondere auf unsere Getreideproduktion im Sinne einer Erweiterung des Hafereinfuhrzöls zu beobachten. Wenn nun auch diese Erscheinung des zunehmenden Exports unweifelhaft im Zusammenhang steht mit den verschiedenartigen Zollfragen, insbesondere für Hafer und Weizen, so erblicke ich doch den Hauptgrund für die Erscheinung in unseren wachsenden Getreideernten. (Sehr richtig rechts.) Ich halte dieses Anzeichen unserer Getreideernte für eine allgemein wirtschaftliche sehr erfreuliche Erscheinung. (Sehr richtig rechts), aber nicht nur allgemein wirtschaftlich, sondern auch technisch landwirtschaftlich und dadurch unterscheidet sich mich sehr wesentlich von dem Hg. Gothein. Er schildert es als eine ungesunde landwirtschaftliche Erscheinung, daß der Getreidebau bei uns so gutgenommen habe. Er besagt, daß im Vergleich zum Getreidebau die Viehzucht vernachlässigt werde. Es mag eine Zeit gegeben haben, wo das allerdings der Fall war. Aber diese Zeiten sind vorüber. (Sehr richtig rechts), und wenn der Hg. Gothein noch mit den früheren Verhältnissen rechnet, so wird er eben der Gegenwart nicht gerecht. (Sehr richtig rechts.)

Der Hg. Gothein möchte auch dabei bedenken, daß die Zunahme unserer Getreideproduktion nicht nur darauf beruht, daß das Areal, das landwirtschaftlich bearbeitet wird, vergrößert worden ist, sondern im wesentlichen auf der größeren Ernte pro Morgen, auf intensiverer Wirtschaft, und daß, wenn wir eine intensive Wirtschaft im Getreidebau haben, wir unmittelbar damit auch unseren Futtererzeugung und insoweit günstig auf unsere Viehwirtschaft einwirken. (Sehr richtig rechts.) Wenn der Hg. Gothein schließlich bedenken will, daß unser Viehstand in den letzten Jahren sich in der erfreulichsten Weise vermehrt hat, so wird er den Vorwurf, daß die deutsche Landwirtschaft einseitig den Getreidebau bevorzuge, nicht mehr aufrecht erhalten können. (Zustimmung.) Nach diesem Erfolge komme ich aber zur Sache selber zurück. Die Zunahme des Exports an Roggen und Hafer ist eine Erscheinung der neuesten Zeit. Nur während eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes hat man diese abnorme Zunahme beobachten können, und es ist durchaus notwendig, daß man diese Beobachtung fortsetzt, um zu erkennen, ob es sich überhaupt um eine dauernde oder nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Erst wenn Klarheit darüber geschaffen ist, wird für die verbündeten Regierungen die Möglichkeit gegeben sein, auf dieser Frage überhaupt Stellung zu nehmen. Die Frage selbst ist von weittragender Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Reichsfinanzen. Und sie ist weiterhin eine Frage, die nach ihrer ganzen Entschiedenheit nicht nur mit der äußersten Bedacht behandelt werden darf. (Beif. Beifall.)

### Hg. Frhr. v. Gumb (Rp.)

Ich verstehe nicht, warum Herr Gothein hier immer über landwirtschaftliche Dinge redet, obwohl er nichts davon versteht. (Sehr richtig rechts. Lachen links.) Unter Fleischkonsum ist fast so hoch, wie in England. Das ist eine anerkannterlei Beilegung unserer Landwirtschaft. Und was geben wir unseren Arbeitern für gutes Fleisch? In England bietet man ihnen nur gefrorenes Fleisch aus Argentinien oder aus Chicago. Herr Gothein ist wieder mit viel kalifornischem Material ausgerüstet. Er nannte ja einmal die Statistik eine feile Dirne. Da ist es doch fahndbar, daß er immer wieder auf sie herumtritt. (Große Heiterkeit.) Wir lehnen die Resolution ab. Die Landwirtschaft würde schwer geschädigt werden, wenn die Einfuhrzölle fallen würden. Wir haben aber nichts dagegen, wenn die Resolution der Budgetkommission überwiesen wird.

### Hg. Stolte (Soz.)

erklärt sich für die Resolution. Das Einfuhrzöllobermaß sei an den hohen Getreidepreisen zum Teil schuld.

### Hg. Sped (Zentr.)

Herr Gothein sollte sich nicht als Vorkämpfer des Reichstages aufspielen. Seine Kritik weisen wir zurück.

### Hg. Gothein (Fr. Sp.)

Ich bin nicht praktischer Landwirt, aber ich habe mein Urteil auf amtliche Enquêtes. Wenn ich die Statistik eine feile Dirne nannte, so meinte ich jene Sorte von Statistiken damit, die nur auf Schätzungen beruhen. Der Vergleich war nicht gerade geschmacklos. Aber die Geschmäcker sind ja verschieden. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution geht an die Budgetkommission.

Freitag 2 Uhr: Strafgesetznovelle, Zivilprozeßnovelle. Schluß 6 1/2 Uhr.

# Das Ei des Columbus

auf der Waschtilette.

Aus alter Gewohnheit bevorzugen in Deutschland noch immer viele Leute, und zwar namentlich aus den feineren Kreisen, ausländische Toiletteseifen in dem Glauben, dass diese besser seien als die deutschen Fabrikate.

Es wäre eine Versündigung am Nationalvermögen, wenn dieser Vorliebe für fremdländische Seifen jetzt noch gehuldigt würde, nachdem sich die **Ray-Luxus-Seife** (Deutsches Reichspatent No. 112 456 und 122 354) im Handel befindet. Ray-Luxus-Seife hat nämlich infolge ihres kostbaren Gehaltes an frischem Hühnerel nachgewiesenermaßen nicht nur eine ausserordentlich günstige Einwirkung auf die Schönheit und Gesundheit der Haut, sondern sie trägt auch in Bezug auf vornehmes Parfüm und elegante Aufmachung den verwöhntesten Ansprüchen Rechnung. Eine Waschung mit **Ray-Luxus-Seife** bereitet durch die wunderbare Feinheit und Weichheit ihres Schaumes ein unbeschreibliches Wohlbehagen. Preis pro Stück Mk. 1.—. Eleganter Karton à 4 Stück Mk. 3.80. Ray-Seife pro Stück, lange ausreichend, 50 Pfennige. Ueberall käuflich.



